

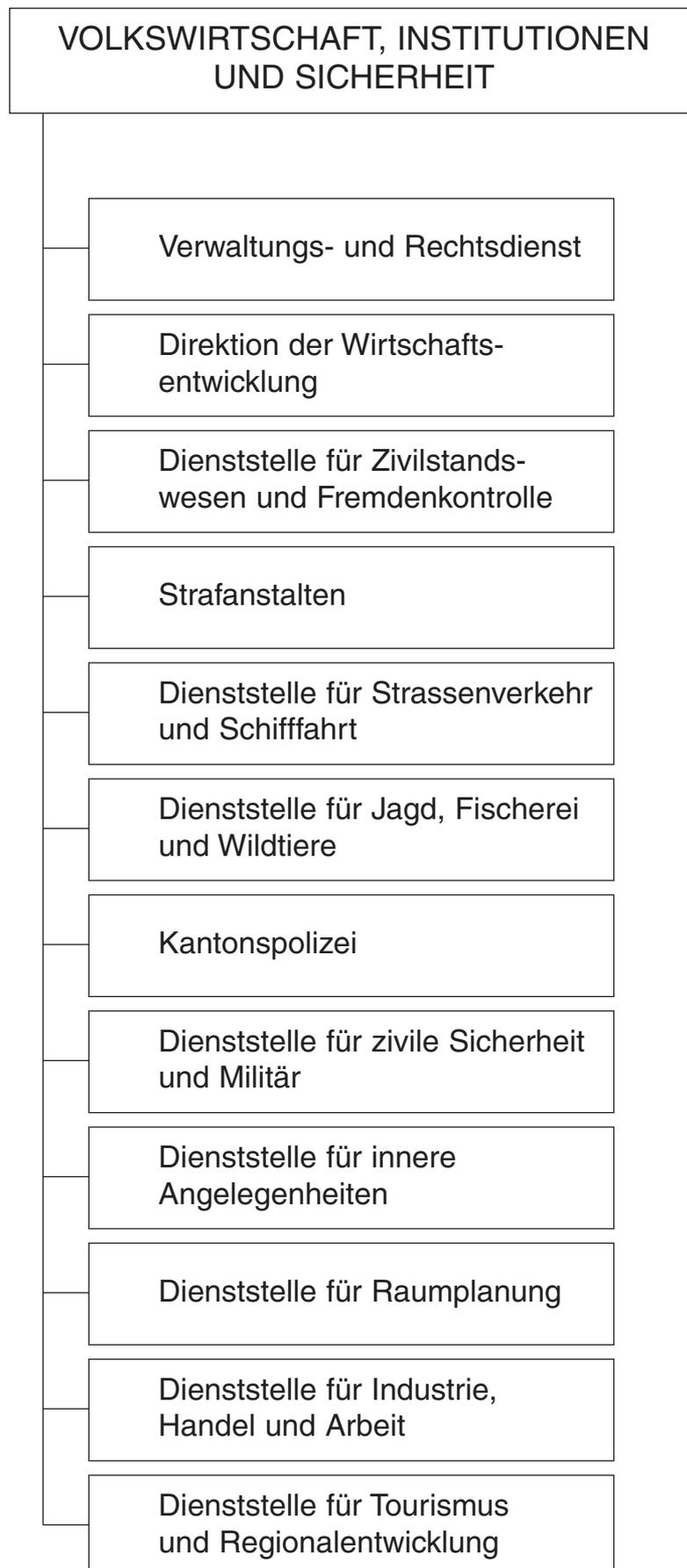


DEPARTEMENT FÜR VOLKSWIRTSCHAFT, INSTITUTIONEN UND SICHERHEIT

VERWALTUNGSBERICHT 2004



**DEPARTEMENTSVORSTEHER: JEAN-RENÉ FOURNIER
STELLVERTRETER: CLAUDE ROCH**



EINLEITUNG

Jedes Jahr erstellen wir einen Bericht über das vergangene Jahr. Ein solcher Tätigkeitsbericht ist jedoch nie definitiv und kann nicht als abgeschlossen betrachtet werden. Er bildet vielmehr einen Indikator für die Aktivitäten eines Departements und muss als öffentliches Informationsmittel über die Aufgaben der Dienststellen des Staates verstanden werden.

In dieser Einführung erwähnen wir einige wichtige Dossiers, für weitere Informationen verweisen wir auf die Berichte der Dienststellen.

Wirtschaftliche Aspekte

Im Bereich der Wirtschaftspolitik hat der Staatsrat, nach der Veröffentlichung der Basisdokumente «Tourismuspolitik des Kantons Wallis» und «Strategie zur Walliser Wirtschaftsförderung» im 2003, im Berichtsjahr die Strategie des Kantons Wallis im Bereich der Bergbahnen angenommen. So konnte die Aufhebung des Moratoriums des Bundes erwirkt werden und der Kanton kann diesen für den Tourismus so wichtigen Sektor wieder mit IHG-Darlehen unterstützen. Um die Restrukturierung, die in diesem Bereich bereits im Gange ist, zu unterstützen, wurde zudem ein neues Massnahmenpaket beschlossen (à fonds perdu-Beiträge zur Strukturverbesserung, Sanierungshilfen durch Forderungsverzichte unter strengen Bedingungen und Prüfung von Steuererleichterungen im Rahmen von Fusionen).

Was die Wirtschaftsförderung anbelangt, muss die Schaffung der Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus erwähnt werden, und die Tätigkeit der beiden Regionalantennen im Dienste der Unternehmen und die qualitative und quantitative Verbesserung unserer exogenen Wirtschaftsförderungszusammenarbeit mit dem DEWS. Die Stiftung The Ark wurde geschaffen und die beiden privilegierten Clusters in den Bereichen Life Sciences (BioArk Monthey und PhytoArk Sitten) und Informatik- & Kommunikation (IdeArk in Martinach und TechnoArk Sidiers) sehen ihre Kompetenzpole schon operativ. Der Bereich «Natur und Dienstleistungen» befindet sich im Oberwallis noch in Entwicklung.

Die Politik der Bekämpfung der Arbeitslosigkeit wurde mit einem Massnahmenpaket zur Begrenzung der saisonalen Arbeitslosigkeit und zur Verbesserung der interinstitutionellen Zusammenarbeit (RAV, IV, SMZ, LVT) mit Ziel einer raschen Reintegration der Betroffenen weitergeführt. Zu erwähnen ist zudem, dass zum zweiten hintereinander folgenden Jahr die durchschnittliche Arbeitslosenquote im Wallis tiefer als der nationale Schnitt ist.

Was die gesetzliche Grundlage betrifft, wurden die Arbeiten betreffend das neue Gesetz über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken abgeschlossen. Es tritt am 1. Januar 2005 in Kraft und geht in Richtung einer Liberalisierung, indem es die von den KMUs bezahlten jährlichen Abgaben reduziert, das Verfahren zur Erteilung der Betriebsbewilligung vereinfacht und die Gesetzgebung den schweizerischen und europäischen Normen anpasst.

Institutionen

Dieses Wahljahr war durch die vollständige Reform der Gesetzgebung über Wahlen und Abstimmungen sowie Volksrechte gekennzeichnet.

Das neue Gesetz über die politischen Rechte wurde im Verlauf des Jahres 2004 angenommen. Es ging grundsätzlich darum, die Ausübung der Volksrechte zu vereinfachen, z.B. durch die Institutionalisierung der generalisierten brieflichen Stimmabgabe und die Einführung anderer Teilnahmemöglichkeiten für die Bürger (e-Voting, elektronisches Herunterladen der Formulare für Volksinitiativen und Referenden, neue Methoden zur

Stimmzählung und Ergebnisübermittlung). Gleichzeitig wurden die Gemeindewahlssysteme der generalisierten brieflichen Stimmabgabe angepasst.

Was das Gemeinderecht betrifft, war das Jahr 2004 u.a. durch die Fusionen der Gemeinden Münster und Geschinen; Reckingen und Gluringen; Steinhaus, Mühlebach, Ernen und Ausserbinn (Fusion durch das Bundesgericht bestätigt) gekennzeichnet.

Die Anzahl der Walliser Gemeinden wurde somit in kurzer Zeit von 163 auf 153 gesenkt. An dieser Stelle ist zu erwähnen, dass das Inkrafttreten der neuen Verordnung betreffend die Fusionen, die für den Beginn des Jahres 2005 vorgesehen ist, erlauben wird, diesen Weg weiter zu gehen.

Im Februar 2004 hat das Parlament das neue Gemeindegesezt angenommen: dieses hat eine grössere Verantwortung der Gemeinden und der Behörden in der Führung der öffentlichen Angelegenheiten als politisches Ziel. Dieses neue Gemeinderecht ist am 1. Juli 2004 in Kraft getreten.

In diesem Dossier muss erwähnt werden, dass die Verfassungsänderung, die vom Volk am 26. September 2004 angenommen worden ist, auch in Richtung einer gleichzeitigen Verstärkung der Bürgerrechte und der Wahrung der Gemeindeautonomie geht.

Sicherheit

Die Sicherheit ist ein permanentes Anliegen des Departementes. Sie zeigt sich nicht nur in den täglichen Aufgaben der Kantonspolizei, sei es Prävention, Information oder Repression, sondern auch durch die Konkretisierung des Projektes Pramont, das die Schaffung einer Empfangsstruktur für Jugendliche mit schwerwiegender strafrechtlicher Vergangenheit erlauben wird.

In diesem Bereich wurden für die Tätigkeit des Departementes vier Hauptziele festgelegt:

- Verhinderung der Bildung von rechtlosen Zonen
- Destabilisierung von neuen Szenen
- Zerschlagen von extremistischen Strömungen
- Markieren der Polizeipräsenz in Risikosektoren.

Der Vorsteher des Departementes für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit

Jean-René Fournier

ALLGEMEINE VERWALTUNG

Organisation und Personal

Dienststelle	Anzahl Etatstellen
Verwaltungs- und Rechtsdienst	13.00
Betreibungsamt Sitten	10.50
Betreibungsamt Siders	9.50
Gleichstellungsbüro	2.50
Direktion der Wirtschaftsentwicklung	3.00
Dienststelle für Zivilstandswesen und Fremdenkontrolle	41.70
Strafanstalten	84.50
Dienststelle für Strassenverkehr und Schifffahrt	58.00
Dienststelle für Jagd, Fischerei und Wildtiere	32.00
Kantonspolizei	448.30
Dienststelle für zivile Sicherheit und Militär	80.00
Dienststelle für innere Angelegenheiten	10.50
Dienststelle für Raumplanung	12.50
Dienststelle für Industrie, Handel und Arbeit	16.50
Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus	15.30
Total	837.80

Parlamentarische Vorstösse

Motionen

- 4.322 der CVP-Gruppe Mittelwallis, durch die HH. Grossräte Pascal Rey und Grégoire Luyet und Konsorten betreffend Verfahren für das Abschleppen von Fahrzeugen auf Privatgrund (06.03.2003)

Motion in der Märzsession 2004 angenommen.

Der Staatsrat räumt ein, dass das Milizsystem auch seine Grenzen hat. Das Gesetz über die Gerichtsbehörden und die Zivilprozessordnung befinden sich infolge der Bundesgerichtsreform in Revision. Der in Vernehmlassung geschickte Vorentwurf sieht eine Aufhebung der richterlichen Kompetenzen des Gemeinderichters in zivilrechtlichen Streitigkeiten vor. Diese Frage wird also in den folgenden Gesetzgebungsarbeiten überprüft.

- 4.463 der zweiten Kommission über die politischen Rechte, durch Frau Grossrätin Verena Sarbach-Bodenmüller, betreffend Abänderung des Artikels 87 in der Kantonsverfassung «Wahlmodus, Bedingungen der Wahlfähigkeit, Dauer der öffentlichen Ämter» (11.05.2004)

Motion in der Septembersession 2004 angenommen.

Der Staatsrat wird eine Botschaft bezüglich der Abänderung der Kantonsverfassung im Sinn der Motionäre vorlegen.

Postulate

- 4.335 von Herrn Grossrat (Suppl.) Matthias Egel (FDPO) betreffend persönliche Schutzwesten für die Kantonspolizei (03.06.2003)

Postulat in der Maisession 2004 angenommen.

Massnahmen zum Schutz der Ordnungskräfte: persönliche Schutzwesten für alle Polizeibeamten und Polizeiasspiranten, unter Berücksichtigung der zukünftigen Budget-Verfügbarkeiten.

- 4.338 von Herrn Grossrat (Suppl.) Eric-A. Balet betreffend neue Identitätskarte (05.06.2003)

Postulat in der Maisession 2004 angenommen.

Angaben auf der Identitätskarte werden durch das Bundesgesetz festgelegt. Gesetzesreform für Vermerk des Mädchennamens. Angabe eines einzigen Heimatortes erlaubt.

BÜRO FÜR DIE GLEICHSTELLUNG VON MANN UND FRAU

10-jähriges Jubiläum

In Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsrat, wurde der «Prix Egalité 2003» an Walliser Unternehmen, Institutionen und Verwaltungen überreicht, die sich in Sachen Gleichstellung und Vereinbarkeit von Berufs- und Familienleben auszeichnen.

Gesetzgebung / Verwaltung

- Stellungnahmen in Vernehmlassungsverfahren auf Kantons- und Bundesebene
- Mitarbeit in verschiedenen verwaltungsinternen Arbeitsgruppen und Kommissionen insbesondere Telearbeit in der kantonalen Verwaltung, Projekt betreffend Kinderkrippe in der Verwaltung und Erwachsenenbildung
- Abschluss und Bilanz des Kurses «Frauen Förderung» für die Frauen in der Verwaltung in Zusammenarbeit mit der DPO

- Teilnahme in der Arbeitsgruppe zur Umstrukturierung des Gleichstellungsbüros in ein Büro oder Sekretariat für Gleichstellung und Familie

Sensibilisierung / Projekte

Aus- und Weiterbildung

- In Zusammenarbeit mit der PH Schlussbericht des Projekts «Eine Animation in den Schulklassen zum Thema der Gleichstellung von Frauen und Männern: die Frage der Akzeptanz seitens der Lehrkräfte in Vor- und Primarschulen.» (Umfrage bei 300 Lehrpersonen. Gesuch betreffend eine eidg. Finanzierung für die Weiterführung dieses Projekts)
- Referate zum Thema Gleichstellung im Rahmen der Soziologiekurse für die Studierenden der PH in St. Maurice

- Vorstudie Forschungsprojekt «Feminisierung Lehrberuf an der PH-VS»
- Anschaffung und Ausleihe eines Materialienkoffers für die Durchführung eines geschlechterbewussten Unterrichts im KG und 1.-3. Klasse
- Stand am Informationstag der HEVs in Sierre für die Studierenden.

Berufsbildung: Lehrstellenbeschluss 2 des Bundes (APA II)

- Fortsetzung des Projekts im Oberwallis «Junge Migrantinnen zwischen Schule und Beruf», in Zusammenarbeit mit dem BIZ
- Im Rahmen des Tochtertags Preisübergabe an eine Schulklasse in Monthey, im Beisein der Verantwortlichen der Romandie.

Familie

- In Zusammenarbeit mit dem DVIS für die Präsentation der Familien-Internetseite, welche sofort nach der Übersetzung online sein wird
- Veröffentlichung der Studie über die Situation der Einelternfamilien im Wallis dies in Zusammenarbeit mit der HEVs, mitfinanziert durch das eidgenössische Projekt DO-RE
- Durchführung einer Tagung «Neue Armut: Lösungen für die Familien in Sicht?» mit über 50 TeilnehmerInnen und ReferentInnen von der Uni Neuenburg, der Walliser Industrie- und Handelskammer, dem schweizerischen Arbeitgeberverband und dem Staat Wallis
- Vorbereitungsarbeiten zur Einsetzung eines kantonalen Gewaltschutzprojekts durch die OHG, dies in Zusammenarbeit und Finanzierung des Gleichstellungsbüros.
- Herausgabe und Versand der Informationsbroschüre „Gewalt ist nicht tolerierbar. Gewalt in Ehe und Partnerschaft, was tun?“ PDF-Version auf Internet.
- Organisation einer Sensibilisierungskampagne (mit Wettbewerb) in Sitten am internationalen Tag zur Beseitigung der Gewalt an Frauen
- Im Rahmen der Abstimmungskampagne für den Mutterschaftsurlaub, zwei Informationsabende in Brig mit Pierre Triponez und Oskar Freysinger und in Sitten mit Pascal Couchepin
- Auftrag einer Studie in Zusammenarbeit mit der HEVs2 «Veränderung von Netzwerken im Alter. Unterschiede zwischen Frauen und Männern.»

Frauen und Politik

- Erstellen und Veröffentlichung der Analyse der Frauenvertretung bei den Nationalratswahlen 2003, gemäss Auftrag
- Zahlreiche Korrespondenz und Kontakte mit den politischen Verantwortlichen (Gewählte, Partei-präsidentInnen), dies im Rahmen der kommunalen Wahlen
- Informationen an die Presse und an die Parteien betreffend die Frauenvertretung in den politischen Instanzen, zur Sensibilisierung im Hinblick auf die kommunalen Wahlen

VERWALTUNGS- UND RECHTSDIENST

Damit der Bürger über eine bessere Übersicht über die der Verwaltung anvertrauten Aufgaben verfügt, hat der Staatsrat von jeder Dienststelle die Erstellung einer Leistungsstruktur ihrer Tätigkeiten und die Definition der politischen, strategischen und operationellen Ziele verlangt (System der Führung über Leistungsaufträge). Der Verwaltungs- und Rechtsdienst ist einen Schritt weitergegangen, indem er eine Organisation zur Überwachung ihrer Tätigkeiten, deren Beurteilung sowie deren Verbesserung eingeführt hat (Qualitätsmanagementsystem). Die Dienststelle hat am 1. März 2003 die Qualitäts-Zertifizierung ISO 9001 und PM 9001 erhalten und sich im März 2004 mit Erfolg der Nachkontrolle unterzogen.

- Veröffentlichung der Studie der HEVs2 und Espace Démocratie betreffend das Engagement und das Desengagement der Walliserinnen in der Politik in Zusammenarbeit mit dem Gleichstellungsbüro
- In Zusammenarbeit mit der Klubschule Migros Wallis Organisation des Kurses «Frauen im öffentlichen Leben» in Sitten und in Brig. Der Kurs richtet sich an Frauen, die sich in der Öffentlichkeit engagieren wollen
- Informationsabend in Brig mit Frauen in Kommissionen für interessierte Frauen an ausserparlamentarischer Kommissionsarbeit.

Zusammenarbeit

- Teilnahme an den Konferenzen der schweizerischen und westschweizerischen Gleichstellungsbeauftragten
- Zusammenarbeit mit den Familien- und Frauenorganisationen, wie zum Beispiel dem CLAF für die Organisation des Walliser Frauentages im März
- Teilnahme am 2. Treffen einer interkantonalen Zusammenarbeit im Bereich der Familienpolitik
- Mitarbeit im kantonalen Gleichstellungsrats (Sekretariat).

Beratung und Öffentlichkeitsarbeit

- Beantwortung zahlreicher Fragen im Zusammenhang mit Gleichstellung von Frau und Mann
- Information und Presseartikel zur Gleichstellungspolitik
- Aktualisierung der Internetseite www.vs.ch/gleichstellung.

Dokumentationsstelle

- Weiterführung der Dokumentationsstelle (Bücher, Broschüren, Presseartikel)
- Versand der Liste der Neuerwerbungen
- Mehr als 900 Bücherausleihen
- Aufbereitung von Informationen auf zahlreiche Anfragen hin, Zustellen entsprechender Dokumentation.

Diverses

- Begleitung von Praktikantinnen und Teilnehmerinnen im Rahmen der Programme zur vorübergehenden Beschäftigung in der kantonalen Verwaltung.

Wie ihre Leistungsstruktur aufzeigt, kann die Tätigkeit der Dienststelle in drei Hauptbereiche eingeteilt werden: Verwaltungstätigkeit und Rechtsberatung für das Departement und seine Dienststellen, Beratung und Aufsicht in zivilrechtlichen Verwaltungssachen und Vollzug der Strafurteile.

Verwaltungstätigkeit und Rechtsberatung

Die **Vorbereitung von Gesetzesentwürfen** und die **Beantwortung von gesetzlichen Vernehmlassungen** stellen den ersten Teil der Rechtsberatung dar.

Abgeschlossene Gesetzesänderungen:

- Inkrafttreten der Änderungen betreffend das Gesetz über die Akten der gerichtlichen Polizei vom 9. Oktober 2003 (Informationssystem betreffend Prostitution) am 1. Februar 2004
- Gesetz betreffend den Beitritt des Kantons Wallis zur Vereinbarung zur Revision des Konkordats über die Sicherheitsunternehmen vom 15. Januar 2004, Inkrafttreten am 1. Juli 2004
- Änderung der Strafprozessordnung des Kantons Wallis und des Gesetzes über die Kantonspolizei vom 16. September 2004 (DNA-Profile / verdeckte Ermittlung / Beschlagnahmung), Inkrafttreten am 1. Januar 2005
- Änderung des Gesetzes zum Schutz gegen Feuer und Naturelemente vom 16. September 2004 (Zuständigkeit des Staatsrates das Anzünden von Feuerwerkskörpern zu verbieten oder zu beschränken), Inkrafttreten am 1. Januar 2004
- Gesetz über das Notariat vom 15. Dezember 2004, welches voraussichtlich am 1. Januar 2006 in Kraft treten wird.

Gesetzesentwürfe in Bearbeitung:

- Gesetzesentwurf betreffend die Änderungen der Rechtspflegeordnung. Als Folge der Hinterlegung des Zwischenberichtes vom 28. April 2004. Die mit der Beratung des Gesetzesentwurfes betreffend die Änderungen der Rechtspflegeordnung beauftragte ausserparlamentarische Kommission hat am 28. April 2004 einen Zwischenbericht hinterlegt. Sie verfolgt ihre Arbeiten im Sinne einer grundlegenden Reform der Walliser Justizorganisation
- Entwurf des Ausführungsreglementes zum Notariatsgesetz vom 15. Dezember 2004
- Entwurf zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Bundesgesetz über Schuldbetreibung und Konkurs / Der Staatsrat hat bei den betroffenen Kreisen ein Vernehmlassungsverfahren zum Vorentwurf eröffnet. Der Vorentwurf bezweckt die Verstaatlichung aller Betreibungs- und Konkursämter des Kantons
- Entwurf des Einführungsgesetzes zum Schweizerischen Strafgesetzbuch angenommen durch die Kommission für Institutionen, Familienfragen und auswärtige Angelegenheiten (1. Lesung) vom 21. Dezember 2004
- Entwurf zum Einführungsgesetz zum Bundesgesetz über das Jugendstrafrecht angenommen durch die Kommission für Institutionen, Familienfragen und auswärtige Angelegenheiten (1. Lesung) vom 21. Dezember 2004
- Entwurf für das Ausführungsgesetz zum Bundesgesetz über den Bevölkerungsschutz und den Zivilschutz angenommen durch die Kommission für die öffentliche Sicherheit (1. Lesung) vom 17. Dezember 2004.

Im Bereich der Gesetzesvernehmlassungen wurden neun Entwürfe geprüft:

- Teilrevision der Handelsregisterverordnung (Ausführungsbestimmungen zum Fusionsgesetz)
- Vorentwurf zur Änderung des Obligationenrechts, Transparenz betreffend Vergütungen an Mitglieder des Verwaltungsrats und der Geschäftsleitung
- Beitritt der Schweiz zum UNO-Übereinkommen gegen transnationale organisierte Kriminalität, zum Zusatzprotokoll zur Verhinderung und Bestrafung des Menschenhandels, insbesondere des Handels mit Frauen und Kindern, und zum Zusatzprotokoll gegen den Menschenhandel auf dem Land-, Luft- und Seeweg
- Änderung der Verordnung über die berufliche Alters-, Hinterlassenen- und Invalidenvorsorge (BVV 2)
- Bundesgesetz über die Freizügigkeit der Anwältinnen und Anwälte und Bologna-Modell
- Bundesgesetz über die Erfindungspatente
- Umsetzung von Artikel 123a der Bundesverfassung über die lebenslängliche Verwahrung extrem gefährlicher Straftäter und einzelne nachträgliche Korrekturen am neuen Massnahmenrecht
- Rahmenübereinkommen des Europarats zum Schutz nationaler Minderheiten – 2. Überwachungszyklus
- Änderung des Bundesgesetzes über das Urheberrecht und verwandte Schutzrechte.

Die Führung der streitigen Verfahren und die Rechtsberatung stellen die zweite Achse der juristischen Tätigkeit der Dienststelle dar. Die Zahl der registrierten juristischen Akten nimmt konstant zu. Im Jahre 2004 ist die Anzahl auf 261 angestiegen (235 im Jahre 2003, 179 im Jahre 2002, 165 im Jahre 2001). Die Instruktion sämtlicher OHG-Gesuche um Entschädigung, Vorschuss und Genugtuung stellt der grösste Bestandteil der juristischen Akten dar. Im Jahre 2004 wurden 76 OHG-Gesuche registriert. Die anderen grossen Tätigkeitsbereiche betreffend die Aufsicht über die Notare (36 Akten), die Aussprechung von Ordnungsbussen betreffend das Handelsregister (29 Akten), das Sekretariat und die Geschäftsstelle der Aufsichtskammer über die Anwälte (22 Akten) sowie verschiedene andere Bereiche, wie der Strafvollzug, Fuss- und Wanderwege sowie geschützte Zonen.

Beratung und Aufsicht in zivilrechtlichen Verwaltungssachen

Im Laufe des Berichtsjahres hat sich die Beratung infolge des schrittweisen Inkrafttretens der 1. BVG-Revision und des Inkrafttretens von Bestimmungen des Fusionsgesetzes, welche auch für diese Kategorie von juristischen Personen gelten, hauptsächlich in Richtung der beruflichen Vorsorgeeinrichtungen ausgerichtet. Drei Rundschreiben über die Anpassung der statutarischen und reglementarischen Bestimmungen an die neuen Vorschriften des Bundesrechts wurden zur Information an die Organe der unter kantonalen Aufsicht stehenden Stiftungen und beruflichen Vorsorgeeinrichtungen gerichtet.

Die Leistungsstruktur der Tätigkeiten der Dienststelle unterstreicht deutlich den ihr anvertrauten Anteil an Aufsichtsaufgaben in den Bereichen Stiftungen, 2. Säule, Vormundschaft, Notariat, Handelsregister und Betreibungs- und Konkursämter. Anlässlich der ISO-Zertifizierungsarbeiten wurden diese verschiedenen Kontrollaufgaben neu definiert und in Form von Verfahren kodifiziert.

Vollzug der Strafurteile

Der Strafvollzug umfasst:

- die Registrierung der Strafurteile im Zentralstrafregister (3'560 Urteile / 2'905 im Jahre 2003)
- das Inhaftierungsverfahren der zu einer unbedingten Strafe Verurteilten (1'099 organisierte Inhaftierungen / 863 im Jahre 2003, 54 Entscheide um Aufschub des Strafvollzugs / 48 im Jahre 2003)
- das Inkasso der Gerichtsbussen (3'200 in Rechnung gestellte Bussen mit einem Gesamtbetrag von Fr. 1'682'982.28 / Inkasso von Fr. 1'206'661.36, d.h. 76.76 % / 2'795 Bussen im Jahre 2003)
- die Einziehung von Ersatzforderungen (19 Akten mit einem Rechnungsbetrag von Fr. 61'522.— / 17 Akten im Jahre 2003)
- die Betreuung und die Aufsicht der unter Schutzaufsicht gestellten oder zu einer Weisung verurteilten Strafgefangenen (142 Verurteilte, davon 26 an die zuständige Behörde angezeigt, 11 ausgesprochene Verwarnungen, 10 Änderungen der erteilten Weisungen und 7 angeordnete Rückversetzungen in den Strafvollzug (127 Verurteilte im Jahre 2003)
- den Vollzug einer kurzen Freiheitsstrafe bis zu 3 Monaten in Form von gemeinnütziger Arbeit (300 Gesuche, 90 Verzichtserklärungen nach Anhörung und Information des Gesuchstellers, 217 Umwandlungen, 3 Abbrüche / 266 Gesuche im Jahre 2003).

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILSTANDSWESEN UND FREMDENKONTROLLE

Fremdenkontrolle

Am 01.06.2004 ist die zweite Phase des bilateralen Abkommens über den freien Personenverkehr in Kraft getreten, d.h. keine arbeitsmarktliche Kontrollen und keinen Vorrang für einheimische Arbeitskräfte mehr. Die Zahl der wohnsässigen Bevölkerung (Permis B + C) beträgt 48'256. Die Dienststelle regelte den Aufenthalt von 110 Personen durch die Erteilung einer Aufenthaltsbewilligung im Rahmen von Härtefällen.

Im Rahmen der Zwangsmassnahmen erliess unsere Dienststelle 322 Haftanordnungen im Hinblick auf die Ausschaffung (126 Fälle betrafen das Bundesamt für Flüchtlinge und 196 Fälle das Bundesamt für Migration. Viele Wegweisungen konnten nicht durchgeführt werden, weil die betroffenen Personen ihre genaue Identität und Staatsangehörigkeit nicht bekannt gaben. Andererseits zeigen einige Länder keinerlei Interesse ihre eigenen Staatsbürger wieder aufzunehmen.

Asyl

2004 ersuchten 14'248 Personen um politisches Asyl in der Schweiz, was gegenüber dem Vorjahr eine Abnahme von 32 % bedeutet. Dem Kanton Wallis wurden 498 Personen zugewiesen. Der grösste Teil der Asylsuchenden stammt aus Bosnien-Herzegowina, der Bundesrepublik Serbien und Montenegro (Kosovo), aus Bulgarien, der Türkei und dem Irak. Durch unsere Dienststelle wurden 250 Asylbewerber einvernommen.

Ende 2004 wohnten im Wallis 2'119 Personen mit Permis N (Asylbewerber) oder mit Permis F (vorübergehende Aufnahme). Für 98 Personen, die provisorisch aufgenommen waren, wurde beim Bundesamt für Migration die Regelung ihrer Aufenthaltsverhältnisse beantragt. 425 Personen, die Gegenstand einer definitiven Ablehnung des Asylgesuches bildeten, wurden bezüglich Organisation ihrer Ausreise angehört. 217 Personen verliessen die Schweiz und 450 sind untergetaucht. Gegen 190 Personen wurde ein Nichteintretungsentscheid (NEM) durch das Bundesamt für Migration (früher Bundesamt für Flüchtlinge) erlassen.

Zivilstandswesen

Ende Juni 2004 wurde die Zusammenlegung der Zivilstandsämter abgeschlossen und die verbleibenden 15 Ämter dem Infostar angeschlossen. Seit Oktober 2004 geben die Zivilstandsbeamten, die ein Ereignis (Geburt, Heirat, Todesfall, Anerkennung etc) registrieren müssen, diese Information direkt ins Register des Infostars ein, welches das Familienregister ersetzt, ohne über das Amt des Bürgerortes zu gehen.

Die systematische Neuerfassung kann dank der regelmässigen Mithilfe von Zivilstandsbeamten der alten Struktur zügig vorangehen werden.

Einbürgerungen

407 Personen wurden durch ordentliche Einbürgerung und 344 durch erleichterte Einbürgerung (ausländischer Ehegatte eines Schweizer(s) in unserem Kanton in das Schweizerbürgerrecht aufgenommen. Aufgrund der vielen Gesuche war die Dienststelle nicht in der Lage den bestehenden Rückstand aufzuarbeiten.

Integration

Am 03.06.2004 hat der Staatsrat das Konzept für Integration, welches von einer ausserparlamentarischen Kommission erarbeitet wurde, angenommen. Er hat ebenfalls 19 Mitglieder (davon 6 Ausländer) für die kantonale Ausländerkommission ernannt.

Das Parlament hat den Entwurf über die Änderung des Einführungsgesetzes betreffend die Anwendung des Bundesgesetzes über Aufenthalt und Niederlassung der Ausländer angenommen, welches dem Kanton nun ermöglicht, Aktivitäten im Bereich der Integration oder im Kampf gegen den Rassismus mit Subventionen zu unterstützen. Diese neuen Bestimmungen sind am 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

Der Staatsrat hat die Anwendungsverordnung, die ebenfalls am 01.01.2005 in Kraft getreten ist, angenommen. 10 Projekte im Bereich der Integration und ein Projekt im Kampf gegen den Rassismus konnten im Jahre 2004 realisiert und von Kantonen finanziell unterstützt werden.

Schweizerpässe und Identitätskarten

	2004	2003
Schweizerpässe	20'670	
ID-Karten	25'746	
Provisorische Pässe	845	
Schweizerpässe & ID-Karten (Januar-April)		11'667
Schweizerpässe (ab April 2003)		8'654
ID-Karten (ab April 2003)		16'419
Provisorische Pässe		1'138
Verlängerungen		4'297

Adoptionen

	2004	2003
	39	82

Namensänderungen

	2004	2003
	236	240

Eheschliessungen von Ausländern, die von unserer Dienststelle geprüft wurden

	2004	2003
	308	557

STRAFANSTALTEN

Wegen der markanten Erhöhung der Zahl der Inhaftierten musste die Direktion der Strafanstalten 2004 einen Zuwachs an administrativen und juristischen Arbeiten bewältigen. Sie beteiligte sich ausserdem an der Erarbeitung wichtiger Gesetzesvorlagen auf kantonaler und interkantonaler Ebene, wie dem Entwurf der Ausführungsbestimmungen zum Strafgesetzbuch oder einem neuen Konkordat über den Straf- und Massnahmenvollzug für Erwachsene.

Ausserdem hat die Direktion der Strafanstalten insgesamt 235 Berichte verfasst für die

- Kommission für bedingte Entlassung
- Kommission zur Beurteilung der Gemeingefährlichkeit
- die verschiedenen Kommissionen der platzvermittelnden Kantone, welche den Strafvollzug angeordnet haben.

Strafkolonie Crêtelongue

Diese Strafanstalt hat im Jahre 2004 eine Belegungsquote von beinahe 100% erreicht, was eine grosse Inanspruchnahme des Vollzugs- und Bewachungspersonals darstellt. Diese Situation hat aber auch den Beweis erbracht, dass das neue Betreuungskonzept seine Früchte trägt. Die Errichtung einer Beobachtungswerkstatt hat zu einer verbesserten Erfassung der Fähigkeiten der Verurteilten geführt und dies vom Strafantritt an. Das Jahr 2004 war ausserdem gekennzeichnet durch die Schaffung einer 25%-Stelle einer Psychologin, was die Betreuung in therapeutischer Hinsicht verbessert hat.

Die aktive und passive Sicherheit der Strafkolonie Crêtelongue wurde abermals verbessert. Ein leistungsfähigeres Brandbekämpfungssystem wurde installiert. Es hat die Alarm- und Interventionsabläufe in diesem Bereich optimiert. Das ganze Personal von Crêtelongue hat im Übrigen einen Aus- und Weiterbildungskurs mit der Unterstützung des Kantonalen Amtes für Feuerwesen absolviert.

Arbeitserziehungsanstalt Pramont

Ursprünglich war die Arbeitserziehungsanstalt Pramont eine Einrichtung für junge Erwachsene zwischen 18 und 25 Jahren. Im Herbst 2003 hat indessen der Grosse Rat einstimmig der Errichtung einer neuen Abteilung für Jugendliche mit ausgesprochen schwerer krimineller Vergangenheit zugestimmt. Pramont sah sich so im 2004 einen gewichtigen Umbau unterzogen. Eine so wichtige

Änderung des Bestimmungszweckes innerhalb einer solchen Anstalt ist indessen schwierig zu bewältigen, beeinträchtigen doch solche Veränderungen der Umweltbedingungen die Jugendlichen in grossem Masse. Die Direktion und das Personal mussten so ein Konzept erarbeiten, das die Bewältigung dieser Übergangsphase bestmöglich gewährte.

Was die Personalressourcen betrifft, haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Arbeitserziehungsanstalt ihre Weiterbildung fortgeführt. Die verschiedenen Ausbildungen erfolgten beim Schweizerischen Ausbildungszentrum für Strafvollzugspersonal, der Hochschule Wallis Gesundheit und soziale Arbeit und dem Staat Wallis. Diese Anstrengungen müssen in den folgenden Jahren fortgeführt werden, hängt doch der Fortbestand einer solchen Institution von der Qualität und den Fähigkeiten der Mitarbeiter ab.

Im Übrigen hatten die jungen Insassen von Pramont weiterhin die Möglichkeit, eine Lehre zu absolvieren oder einen eidg. Fähigkeitsausweis zu erlangen. Die Synergien mit den verschiedenen Berufsbildungszentren wurden verbessert. Andererseits hat die Anstaltsdirektion 2004 ein besonderes Schwergewicht auf die Suchtprävention gelegt (Alkohol, Betäubungsmittel usw.). Die Anstalt empfängt regelmässig einen Suchtexperten und verfügt heute über eine 25%-Stelle eines Psychologen.

Die Abläufe für den Brandfall wurden ebenfalls in Zusammenarbeit mit der Feuerwehr von Siders überarbeitet.

Untersuchungsgefängnisse

Die im Jahre 2003 festgestellte Erhöhung der Belegungsquote setzte sich im Jahre 2004 unvermindert fort. Die Untersuchungsgefängnisse verzeichneten eine Zunahme von 6'844 Belegungstagen. Die Bewegungen haben ebenfalls zugenommen und beliefen sich auf 1'472 Eintritte und 1'461 Austritte.

Die Untersuchungsgefängnisse empfangen immer mehr Insassen, die körperliche und psychische Leiden haben. Der Gesundheitszustand dieser Personen verlangt nach intensiver Betreuung und dem Einsatz von Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die namentlich in der Psychiatriepflege ausgebildet sind. Einzig das Gefängnis von Sitten verfügt über solches Pflegepersonal, das in den Gefängnissen von Brig und Martigny vollumfänglich fehlt. Diese höchst unbefriedigende Situation muss in der Zukunft geändert werden.

DIENSTSTELLE FÜR STRASSENVERKEHR UND SCHIFFFAHRT

Verwaltung

Um die Sicherheit und den Verkehrsfluss bei der Kontrollhalle in Sitten zu verbessern, sind wichtige Arbeiten realisiert worden. Der Strassenbelag wurde erneuert, um einen besseren Ablauf des Wassers zu gewährleisten. Zudem wurden die Verkehrsrichtungen geändert und die Versuchsstrecke der Fahrzeuge sowie die für die Prüfungen reservierten Plätze vom übrigen Fahrzeugverkehr getrennt. Dank einer optimalen Nutzung des Raumes konnten zusätzliche Parkplätze für das Publikum bereitgestellt werden.

Die Kontrollhalle in Visp ist ebenfalls Verbesserungen unterzogen worden. Auf dem Verwaltungsteil des Gebäudes wurde ein zusätzliches Stockwerk errichtet, das die Schaffung eines spezifischen Schalters für Fragen hinsichtlich des Führerscheins erlaubt. Die

Aufnahmebedingungen für die Kundschaft konnten daher erheblich verbessert werden.

Die Erteilung von Führerausweisen im Kreditkartenformat hat stark zugenommen. Während des Jahres wurden 31'000 solcher Ausweise ausgestellt, womit am 31. Dezember 2004 insgesamt 56'000 Führerinnen und Führer in unserem Kanton im Besitze des neurechtlichen Führerausweises waren.

Fahrzeugpark

Der kantonale Fahrzeugpark ist weiter angestiegen. Im Jahr 2003 wurden 239'658 Fahrzeuge registriert. Neu ist diese Zahl auf 243'874 angestiegen. Diese Erhöhung ist hauptsächlich auf das

Inverkehrsetzen von 54'164 Personenwagen zurückzuführen. Ein Fahrzeug von fünf Motorfahrzeugen wird im Kanton Wallis als Neufahrzeug immatrikuliert.

Führerprüfungen und Fahrzeugkontrollen

Die Anzahl der praktischen Führerprüfungen ist mit etwa 7'200 im Jahr 2004 stabil geblieben. Dank einer guten Vorbereitung der Prüfungsbewerberinnen und -bewerber blieb der Misserfolg dieser Prüfungen auf einen Drittel beschränkt. Während des Jahres haben die Experten bei Stichproben auf dem Sozius Platz genommen, um bei den Motorradprüfungen die Fahrfähigkeit der Lenkerinnen und Lenker besser beurteilen zu können.

Die technische Sektion hat während des Jahres in den Kontrollhallen von Visp, Sitten und St-Maurice etwa 72'000 Motorfahrzeuge kontrolliert. Seit dem 1. April sind sämtliche schweren Motorfahrzeuge einer jährlichen Kontrolle unterworfen, was proportional die Anzahl der geprüften leichten Fahrzeuge reduziert.

Schifffahrt

Der Schiffpark verzeichnet in unserem Kanton 1'300 Schiffe, die sich wie folgt aufteilen:

Motorboote	685
Segelboote	410
Ruderboote	193
Güterschiffe	8
schwimmende Geräte	4

Im laufenden Jahr wurden 540 Schiffe kontrolliert, 170 Führerprüfungen und 134 Theorieprüfungen registriert. Diese Zahlen beliefen sich im Vorjahr auf 457, 239 und 175.

Zusätzlich wurden von den Schiffswerften aufgrund von abgeschlossenen Vereinbarungen 72 Schiffskontrollen durchgeführt.

Administrative Massnahmen

Im Jahr 2004 ist die Zahl der verfügten Führerausweisentzüge oder Fahrverbote auf 3'329 angestiegen. Diese Zahl betrug im Vorjahr 3'027. Nichtanpassen der Geschwindigkeit an die Strassenverhältnisse oder Strassensignalisation (1'325) sowie Trunkenheit am Steuer (1'323) sind nach wie vor die wichtigsten Gründe der angeordneten Administrativmassnahmen.

Die wegen Missachten von Verkehrsregeln verfügten Verwarnungen haben ebenfalls stark zugenommen. Im Jahr 2004 wurden 3'290 Verwarnungen ausgesprochen gegenüber 2'503 im Vorjahr.

Ausserdem mussten 256 Personen zu einem eintägigen Verkehrsunterricht aufgeboten werden, weil sie wiederholt gegen die Verkehrsvorschriften verstossen hatten. Diese Zahl betrug im Vorjahr 345.

Zusätzlich zu den getroffenen Administrativmassnahmen wurden 7'913 Personen zu einer Geldstrafe verurteilt, weil sie die Bestimmungen des Bundesgesetzes über den Strassenverkehr missachtet hatten. Diese Zahl belief sich im Vorjahr auf 7'583.

Buchhaltung

Die Einnahmen der Dienststelle nehmen von Jahr zu Jahr zu und erreichten im Jahr 2004 die Summe von 62 Millionen Franken. Dieser Betrag ergibt sich aus 330'000 Einzahlungen mittels Einzahlungsscheinen und 24'500 handschriftliche Einzahlungen auf die Konti der Finanzverwaltung. In 2'014 Fällen musste ein Betreibungsverfahren eingeleitet werden, während 1'773 Kontrollschild-Beschlagnahmen angeordnet wurden, weil die Verkehrssteuern nicht bezahlt worden sind.

Im Jahr 2003 wurden 3'203 Bewilligungen für Fahrten des 40-Tonnen-Kontingents ausgestellt. Im Berichtsjahr 2004 belief sich diese Zahl auf 3'456.

Auf Ende des Jahres wurde eine neue Finanzanwendung eingeführt, um das am 1. Januar 2005 in Kraft getretene Gesetz über die Besteuerung der Motorfahrzeuge zu vollziehen. Diese auf ein System von Kontokorrent begründete Anwendung erlaubt, alle Rechnungen und Gutschriftsanzeigen desselben Fahrzeughalters zu vereinen und die Verwaltung zu erleichtern.

DIENSTSTELLE FÜR JAGD, FISCHEREI UND WILDTIERE

Im vergangenen Jahr mussten bei der DJFW verschiedene Stellen u.a. auch Kaderstellen neu besetzt werden. Für die Auswahl der Kandidaten wurde jeweils das im Staat übliche Evaluationsverfahren angewandt. Die internen Strukturen wurden dem Aufgabenbereich sowie den modernen technischen Kommunikationsmitteln angepasst. Die ISO-Zertifizierung 9001 wurde 2004 nach bestandenerm Audit erneuert. Diese Erneuerung der Zertifizierung bestätigt die Angepasstheit der internen Strukturen.

Infolge bevorstehender Pensionierung des gegenwärtigen Dienstchefs N. Seppey hat der Staatsrat den gegenwärtigen Adjunkten Peter Scheibler zum neuen Chef der Dienststelle ernannt. Territorial erlaubt die sukzessive Aufhebung der drei Kreischefstellen die im Gelände fehlenden Wildhüterstellen ohne zusätzliche Kosten zu schaffen. Die Wildhüter werden in Zukunft direkt dem Zentralbüro unterstellt sein und teilweise Spezialaufgaben, welche ihr jeweiliges Aufsichtsgebiet überschreiten, wahrnehmen. Im Oberwallis wurde nach der Pensionierung des Kreischefs diese Struktur im Laufe des letzten Jahres bereits erprobt.

Bewirtschaftung der Regale

Die traditionelle Jagd- und Fischereiausübung werden in Teilgebieten unseres Kantons teilweise in Frage gestellt und die Regale somit ihrer Substanz beraubt. Die Schaffung von National- oder regionalen Naturparks werden als ideales Mittel zur Förderung des Lebensraumes und als wirtschaftlich interessante Einnahmequelle insbesondere für die Territorialgemeinden gepriesen. Dabei wird oft vergessen, dass der Kanton für den Schutz bedrohter Tierarten, von Zugvögeln oder Wassertieren über eine grosse Anzahl von eidgenössischen und kantonalen Banngebieten verfügt, welche diese Funktionen bereits heute erfüllen. In diesem Bereich hat die Dienststelle in den Parkdossiers Pfyn und Muveran aktiv mitgearbeitet und versucht den Standpunkt der Jagd und Fischerei als zwingend erforderliches Bewirtschaftungsmittel zu vertreten.

Trotz einschränkenderen Jagdbetriebsvorschriften nahm die Zahl der Jagdpatentbestellungen mit ca. 2600 nicht ab. Fischereipatente wurden ca. 2700 gelöst. Im Gegensatz zu den Jägern, welche mit Überbeständen, insbesondere beim Rotwild kämpfen, suchen die Fischer nach der wirksamsten Wiederbevölkerungsmethode. Eine Arbeitsgruppe aus Spezialisten und Praktikern untersucht seit 2 Jahren diese Frage und sollte demnächst erste Vorschläge unterbreiten können. Die dritte Rottenkorrektur liefert weitere nützliche Informationen und sorgt für zusätzliche Motivation.

Die Jagd führten 2004 zu folgenden Strecken:

Rotwild: 1277 Stück
Gämsen: 2796 Stück
Rehwild: 1511 Stück

Fischerei:

128 000 Fische, hauptsächlich Forellen. Dies entspricht ca.30 Tonnen, was vor allem auf den durch die Sektionen durchgeführten Massfischbesatz zurückzuführen ist. Im Durchschnitt fing jeder Walliser Fischer 45 Fische. Jeder Fisch wird mit allen verlangten Einzelheiten im Kontrollbuch eingetragen. Die Dienststelle arbeitet zur Zeit ein EDV Programm aus, welches die Erfassung dieser Daten vereinfachen und gleichzeitig zuverlässiger gestalten soll.

Trotz dieser eindrücklichen Strecken zahlen die Jäger und Fischer relativ hohe Gebühren für die Ausübung ihrer Lieblingstätigkeit. Der Fleischwert des erlegten Wildes beträgt trotz der gesteigerten Jagdstrecke knapp 50% der Einnahmen durch Patentgebühren und anderen an Sektionen und Verbände überwiesenen Gebühren.

Die Differenz kann als Preis der Leidenschaft bezeichnet werden. Der Kanton Genf lässt erahnen welche Kosten auf unseren Kanton zukämen, wenn der Staat die Regulierung der Bestände sowie die Deckung der verursachten Wildschäden ohne Jagd vornehmen müsste.

Grossraubwild

Während der Luchs kaum noch von sich reden macht, war die Dienststelle erneut mit der Wolfspräsenz im Simplongebiet konfrontiert. Nebst unzähligen Stunden im Gelände musste die Dienststelle sich mit verschiedenen Verfahren, teilweise bis vor Bundesgericht beschäftigen. Das neue Wolfskonzept enthält konkrete Lösungsansätze. Die Dienststelle koordinierte die kantonale Stellungnahme zu diesem Konzept.

Das Bundesgericht bestätigte mit seiner jüngsten Rechtsprechung ein Kantonsgerichtsurteil, wonach eine Abschussbewilligung, selbst wenn sie sich auf das Wolfskonzept stützt, als anfechtbare Verfügung ausgestaltet und dementsprechend eröffnet werden muss. Das Wolfskonzept verliert damit erheblich an Akzeptanz und das Instrument der Abschussbewilligung wird illusorisch. Auch die vom Bundesrat beim Europarat beantragte Rückstufung des Schutzstatus des Wolfs wurde bis heute vertagt. Zwischenzeitlich wachsen die Wolfsrudel vor unserer Haustür im Norden Italiens.

DIENSTSTELLE FÜR ZIVILE SICHERHEIT UND MILITÄR

Gemäss dem Staatsratsentscheid vom 04. Dezember 2002 und den Anweisungen der Staatskanzlei vom 07. Dezember 2004 dient der Controllingbericht mit den veröffentlichten Zahlen als Verwaltungsbericht.

KANTONSPOLIZEI

GERICHTSPOLIZEI

	2000	2001	2002	2003	2004
Total behandelte Fälle (mit Verzeigungen BetmG)	11'363	11'856	13'523	13'578	14'747
Aufklärungsquote (in %)	30.65	31.34	29.41	29.27	26.77
Ausländerkriminalität (in %)*	50.50	39.50	41.57	42.67	52.30
Jugendkriminalität (in %)*	37.60	32.40	29.65	27.69	23.82

* vom Total der ermittelten Täter

Auszug/Entwicklung gewisser Fälle

	2000	2001	2002	2003	2004
Tötungsdelikte (inkl. Versuch)	5	4	7	3	8
Körperverletzungen und Tötlichkeiten	246	261	288	315	418
Notzuchtdelikte	8	5	10	13	21
Total strafbare Handlungen gegen die sexuelle Integrität	114	102	131	120	114
Diebstähle:	5'907	6'181	7'107	7'418	8'190
- davon Einbruchdiebstähle	1'822	1'346	1'825	1'530	1'966
Diebstahl von Motorfahrzeugen	331	145	133	126	126
Sachbeschädigungen	1'303	1'582	1'743	1'681	1'492
Raubdelikte	17	23	35	36	35
Drohungen	90	80	86	102	117
Veruntreuungen	61	85	64	85	73
Betrugsdelikte	119	89	128	116	67
Brandstiftung	58	40	60	80	72
Gemeldete Suizide	64	51	59	50	48
IT Ermittlungen	–	–	–	19	72

Verhaftungen / Anhaltungen

	2000	2001	2002	2003	2004
Verhaftungen	669	591	731	844	1'006
Anhaltungen	4'986	5'545	6'428	7'591	8'309

Bundesgesetz über die Betäubungsmittel

	2000	2001	2002	2003	2004
Anzeigen	1'865	1'897	2'238	2'081	2'302
Todesfälle infolge Überdosis	4	2	3	5	0

Gerichtspolizeiliche Identifikation

	2000	2001	2002	2003	2004
Technische Tatbestandsaufnahmen	1'484	1'305	1'669	1'659	1'609
Erfasste Personen (Photo – Fingerabdrücke - DNA)	541	785	664	814	917

Bemerkung

Gerichtspolizei: 2004: Höchstwert der 10 letzten Jahre

IT-Ermittlung: Seit Juli 2003 ist ein Mitarbeiter der Kriminalpolizei vollamtlich mit dieser Aufgabe betraut. Deshalb sind auch erstmals diese Fallzahlen im vorliegenden Bericht aufgeführt.

Häusliche Gewalt: Die Präventionskampagne wird nach drei Jahren offiziell abgeschlossen. Die gesetzlichen, operationellen und vernetzten Massnahmen werden nachhaltig wirken und weitergeführt.

STRASSENVERKEHR

	2000	2001	2002	2003	2004
Verkehrsunfälle					
Gemeldete Unfälle	1'652	1'580	1'693	1'562	1'396
- Tödliche Unfälle	29	27	26	27	26
- Unfälle mit Verletzten	777	732	793	735	693
- Unfälle mit Sachschaden	846	821	874	800	677
Verzicht auf Unfallaufnahme	1'126	1'198	1'167	1'221	1'275

Unfallopfer

Getötete Personen	31	28	31	29	29
Verletzte Personen	1'074	1'017	1'093	1010	955

Hauptursache der Unfälle in %

Tödliche Unfälle	2000	2001	2002	2003	2004
1. Geschwindigkeit	17.24	25.93	38.46	51.85	34.62
2. Trunkenheit	34.48	22.22	26.92	11.11	30.77
3. Missachten des Vortritts	13.79	11.11	7.69	11.11	11.54

Unfälle mit Verletzten

	2000	2001	2002	2003	2004
1. Trunkenheit	20.10	19.52	19.17	20.41	20.63
2. Missachten des Vortritts	20.23	22.48	20.80	18.78	20.63
3. Geschwindigkeit	22.12	21.27	23.68	20.14	18.18

Geschwindigkeitskontrollen

2004 wurden 1'880 stationäre Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt (1'826 im Jahr 2003), davon 627 (33.35 %) in der Nähe von Schulen.

Die Anzahl der kontrollierten Fahrzeuge stieg von 231'024/ 2003 auf 234'145 im Jahr 2004.

	2003	2004
Fehlbare Autofahrer	28'404	- 12.29 %
	18'208	- 7.78%.
Ordnungsbussen	25'554	15'564
Strafanzeigen (Administrativ-Massnahmen)	2'592	2'405
Verzeigungen an das Untersuchungsrichteramt	258	239
Führerausweisentzüge auf Platz	34	45

Zur Bekämpfung der Raserei hat die Kantonspolizei im Juli 2004 eine Radar Laser-Pistole angeschafft. Zusätzlich zu den stationären Messungen sind damit 89 spezifische Kontrollen mit folgenden Resultaten gemessen worden: 16 Ordnungsbussen - 176 Strafanzeigen mit 7 Führerausweisentzügen auf Platz.

Der Betrag der 20'780 Ordnungsbussen im Strassenverkehr beläuft sich auf Fr. 2'244'645.20 (im Jahr 2003: 33'352 Ordnungsbussen bzw. Fr. 2'769'727.20).

Nach einer Vereinbarung mit den betroffenen Gemeinden und der Kantonspolizei haben die Gemeindepolizeien von Brig-Glis / Naters, Visp, Grächen, St. Niklaus, Saas Fee / Saas Grund / Saas Almagell / Saas Balen, Lens, Icogne, Chermignon, Ayent und Martinach auf ihrem Gebiet insgesamt 382 Geschwindigkeitskontrollen durchgeführt und 2'906 Verzeigungen ausgestellt.

Schwerverkehrskontrollen

In Anwendung der mit dem Bund unterzeichneten Vereinbarung in Bezug auf den Schwerverkehr wurden, auf insgesamt 2'679 Stunden verteilt, 479 Kontrollen durchgeführt (2003: 469 Kontrollen).

Es wurden 2'745 Fahrzeuge kontrolliert (2'228 im Jahr 2003), 1'307 davon kamen aus dem Ausland. 842 Verzeigungen (2003: 594) wurden ausgestellt und 187 Ordnungsbussen (2003: 212) eingekassiert.

Hauptsächliche Übertretungen: 462 in Bezug auf die ARV (54.87%) und 143 wegen Überschreitung des zulässigen Ladegewichts (16.98%).

Andere Aktivitäten

Einsatzzentrale

Im Jahr 2004 hat die Abteilung EZ/KAZE sämtliche Aufgaben betreffend die Alarmer übernommen. Mehrere neue Anwendungen wurden installiert, unter anderem betreffend den Eingang von Alarmen und deren Bearbeitung, sowie ein neues Verkehrsinformationssystem (GEWI-TIC). Die Sirenen (genereller Alarm) werden in Zukunft alle über die EZ/KAZE ausgelöst. Mehrere Aufschaltungen sind im Verlauf des Jahres 2004 erfolgt.

Es wurden während des ganzen Jahres 2004 264'263 Telefonanrufe behandelt, was gegenüber dem Vorjahr einen Anstieg von 76'778 Anrufen bedeutet (2003: 235'861).

Verschiedene Alarmer (Bank, Feuer usw.): 13'331 (5'403 im Jahr 2003).

22'605 ISOPRO-Meldungen wurden bearbeitet (mittels diesem System werden Suchmeldungen von Personen und Fahrzeugen verbreitet).

Meldungen betreffend den Strassenzustand: 691 - Meldungen betreffend Verkehrsbehinderungen: 250 - Bestellung von Abschleppfahrzeugen betreffend Pannen oder Unfälle beim TCS: 1317.

Die EZ hat 12'030 Interventionen geleitet und überwacht (9'295 im Jahr 2003).

Flughafen - Rückschaffungen

Die Ausreise von 437 Personen wurde kontrolliert und organisiert (441 im Jahr 2003), darunter 250 Asylbewerber (250 im Jahr 2002), deren Gesuch abgelehnt wurde.

Information und Prävention

Der «Koordinator Statistik» wurde 2004 der Abteilung Information und Prävention angeschlossen. Diese Reorganisation erlaubt es, eine optimale Analyse sowie eine effiziente Präventionsarbeit durchzuführen.

Die Abteilung Information und Prävention übte folgende Arbeiten aus:

Polizei – Medien

- Verbreitung von 261 Medienmitteilungen von öffentlichem Interesse in den beiden offiziellen Sprachen, mit Fotomaterial (Verkehrsunfälle, Gerichtspolizei, Vermisstmeldungen, Zeugenaufrufe, ausserordentliche Ereignisse, Brände, usw.).
- Bearbeitung von ungefähr 700 telefonischen Anfragen von Journalisten.
- Organisation von Pressekonferenzen (jährliche Pressekonferenz der Kantonspolizei, Waldbrand Leuk, Debriefing Busunfall Salins).
- Begleitung der Medienschaffenden auf die verschiedenen Interventionsplätze.
- Eröffnung und Verwaltung der Internetseite www.police.vs.ch (6'000 Besuche innerhalb von 3 Monaten).
- Informationsanlässe in Zusammenhang mit dem Polizeiberuf.
- Logistische Unterstützung für die Verbreitung von Medienmitteilungen der öffentlichen Verwaltung.

Interne Kommunikation

- Veröffentlichung des wöchentlichen Informationsbulletins (neues Intranetsystem).
- Veröffentlichung der vierteljährlich erscheinenden Polizeizeitung.
- Verwaltung der verschiedenen Informationsinstrumente.

Beratungsstelle für Verbrechenverhütung

- Nationale (Häusliche Gewalt) und kantonale Präventionskampagnen (Aktion Beratung: Werbung mit Personenwagen Smart «Einbruch – Nicht bei mir»).
- Unterstützung des Gleichstellungsbüros sowie der Vereinigung Patouch.
- 20 Medienmitteilungen mit Sicherheitstipps, Ratschlägen und Informationen im Zusammenhang mit der Strafverfolgung bei häuslicher Gewalt.
- 150 Sicherheitsberatungen wurden durch den Koordinator bei Privaten und Unternehmungen durchgeführt.
- Die Kriminalitätsbekämpfung wurde von unseren Beamten gemäss dem Prinzip «Sichtbarkeit – Geborgenheit – Abschreckung» ausgeübt. Die bürgernahe Polizei wird von unseren Territorialbasen und in Zusammenarbeit mit den Gemeindepolizeien sichergestellt.

Verkehrsprävention

- Teilnahme und Unterstützung von diversen Vereinigungen: LVT – Label Fiesta/alcool, Nez rouge, Help.
- Präventionskampagnen: Alkohol und Geschwindigkeit, Sicherheit bei Schultransporten.
- Präventionskampagnen: Motorradfahren mit Vergnügen (ca. 1'000 Motorradfahrer sensibilisiert).
- Kampagne in Zusammenarbeit mit den Gemeindepolizeien anlässlich des Schulbeginns. Sensibilisierung der Fahrzeuglenker.
- Ausstellungen (Action jeunesse – Vifra Visp – Journée tous à velo).
- Verkehrserziehungsmassnahmen angeordnet durch das Jugendgericht (14 Sitzungen – 123 Jugendliche).
- Einsitznahme in die Redaktion und Ausarbeitung des Ausbildungsordners mit den neuen Ausbildungsrichtlinien der Verkehrserziehung.
- Die Verkehrserziehung wird ebenfalls durch unsere Beamten gewährleistet, gemäss dem Prinzip «Sichtbarkeit – Geborgenheit – Abschreckung». Unsere Anstrengungen auf diesem Gebiet gelten der Verhältnismässigkeit.

Verkehrserziehung

- In Zusammenarbeit mit den Gemeindepolizeien wurden alle Klassen vom Kindergarten bis und mit der Primarschule geschult (1'417 Klassen – 25'983 Schüler). Ausbildung in der Orientierungsschule (396 Klassen – 7'773 Schüler). Eingesetzte Schulungsmittel: Verkehrsgarten, Weisses Rabe, praktische Lektionen für Velofahrer, Gymkhana, «Seat belt», Toter Winkel, «Voiture tonneau», Fahrradsimulator, Verkehr / Unfall/ Konsequenzen / Schülerpatrouillen.

Ausbildung

Am 16. Dezember 2003 wurden 25 Aspiranten der AS 2004 vereidigt. Davon gehörten 7 den Gemeindepolizeien von Bagnes, Conthey, Fiesch, Martinach, Monthey, Siders und Zermatt an.

Die Rekrutierungskampagne für die AS 2005 wurde vom 5. April bis zum 11. Juni 2004 durchgeführt. 213 Interessenten haben eine Dokumentation verlangt. 106 Kandidaten wurden berücksichtigt und zu den verschiedenen Prüfungen vorgeladen. Nach Analyse der Resultate wurden 14 Aspiranten französischer Muttersprache, davon 3 weiblichen Geschlechts, sowie 6 Aspiranten der deutschen Sprache, davon 3 weiblichen Geschlechts, für die Aspirantenschule vorgeschlagen.

Während 90 Halbtagen wurden die Mitglieder des Korps im taktischen und polizeilichen Schiessen, Nachtschiessen sowie in der persönlichen Sicherheit ausgebildet. Dabei wurden auch die Handhabung und der Unterhalt der Waffen berücksichtigt.

Eine besondere Aufmerksamkeit galt auch den Bereichen Aus- und Weiterbildung. Mehrere Beamte haben an verschiedenen Kursen und Seminaren teilgenommen. Auch die von der kantonalen Verwaltung organisierten Kurse erfreuten sich einer grossen Teilnahme.

Buchhaltung / Sekretariat

Die Buchhaltung hat 5'821 Rechnungen im Gesamtbetrag von Fr. 2'146'875.75 (1'990'866.35 im Jahr 2003) ausgestellt. 18'779 Aufträge wurden vom Sekretariat der Kantonspolizei verwaltet und weitergeleitet (18'874 im Jahr 2003).

Informatik

Gemäss den zehn gesetzten Zielen für 2004 hat die Abt Informatik folgende Projekte realisiert:

- Die Installation des Hauptsystems der Kantonspolizei, welches die zentralen Anwendungen im Kampf gegen die Kriminalität unterstützt.
- Die Aufschaltung des internen Telefonnetzes, welches auf einer digitalen Übermittlung basiert.
- Im Bereich der interkantonalen und bundesweiten Zusammenarbeit, Ausarbeitung einer Anwendung, welche das Vorleben von Personen registriert.
- Aufschaltung von logistischen Elementen, welche für den Einsatz von GPS in Patrouillenfahrzeugen benötigt wird.

Übermittlung / Material

Überarbeitung des Relais Sex-Carro, welches im September sein 40-jähriges Jubiläum feierte, in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Gebäude.

Umstellung des Telefonnetzes auf die Informatikbasis ToIP für alle unsere Posten. Es handelt sich dabei um das erste Netz des Staates, welches mit dieser Technologie ausgerüstet wurde.

Teilnahme an der Entwicklung sowie an der Umsetzung. Es handelt sich um ein Netz, welches insgesamt 300 Telefonausrüstungen beinhaltet.

DIENSTSTELLE FÜR INNERE ANGELEGENHEITEN

Gesetzgebungsarbeiten

Die Dienststelle für Innere Angelegenheiten besorgte die gesetzgeberischen Arbeiten für das Departement für Volkswirtschaft, Institutionen und Sicherheit auf folgenden Gebieten:

Gemeindeordnung

Auch wenn der Kanton vom Bundesgericht vollständig entlastet wurde, machte der Fall Leukerbad den Erlass von neuen Massnahmen erforderlich, die verhindern sollten, dass sich ein solcher Fall wiederholen kann. Das DVIS wurde deshalb beauftragt, die Gemeindeordnung in ihrer Gesamtheit zu überprüfen. Diese Überprüfung hat zu wichtigen Verfassungs- und Gesetzesänderungen geführt, die während der gesamten Verwaltungsperiode angedauert haben.

Verfassungsrevision der Gemeindeordnung

Die Verfassungsrevision, welche vom Volk am 26. September 2004 angenommen wurde, bezweckte zweierlei, nämlich: a) das Verantwortungsbewusstsein des Bürgers zu wecken, indem ihm ermöglicht wird, über den Voranschlag abzustimmen und nicht nur davon Kenntnis zu nehmen, wie dies bisher der Fall war; b) das Verantwortungsbewusstsein der Gemeindebehörden zu wecken, indem die gleichsam systematische Genehmigung von wichtigen Gemeindegeschäften durch den Kanton aufgehoben wird. Diese wichtigen Änderungen, die gleichzeitig die Volksrechte stärken und die Gemeindeautonomie wahren, wurden sowohl von den Gemeinden wie auch von den Bürgern gut aufgenommen. Diese Verfassungsänderung muss aber noch im Jahre 2005 durch eine Anpassung des Gemeindegesetzes umgesetzt werden.

Gemeindegesetz

Die Revision der Gemeindeordnung auf Gesetzesebene hat sich mit der Annahme des neuen Gemeindegesetzes durch das Parlament am 4. Februar 2004 verwirklicht. Wie bei der Verfassungsrevision ging es dabei nicht in erster Linie um die Verstärkung der staatlichen Aufsicht, sondern um das Wecken des Verantwortungsbewusstseins der Gemeinden und ihrer Behörden bezüglich der Führung der öffentlichen Angelegenheiten. Begleitet von einer Verordnung betreffend die Führung des Finanzhaushalts der Gemeinden, wurden neue Massnahmen erlassen, nicht nur um die Führung des Finanzhaushalts zu erleichtern, sondern auch um die internen Kontrollen zu verstärken. Die Gemeindeautonomie, und als Folge davon eine grössere Verantwortung der Behörden, findet sich gestärkt. Diese Änderungen und diese neuen Massnahmen wurden von den Gemeinden selbst gut aufgenommen und ihre Anwendung hat seit der Inkraftsetzung am 1. Juli 2004 keine Schwierigkeiten bereitet.

Gesetz über die politischen Rechte

Im Jahre 2004 wurde eine Totalrevision der Gesetzgebung über die Wahlen und Abstimmungen und über die Ausübung der Volksrechte durchgeführt. Die Ziele, die sich gleichzeitig das Departement und der Staatsrat setzten, konnten mit der Annahme des neuen Gesetzes über die politischen Rechte vom 13. Mai 2004 und mit der Verordnung über die briefliche Stimmabgabe vom 17. November 2004 realisiert werden. Es geht dabei hauptsächlich darum, die Ausübung der Volksrechte zu vereinfachen, indem die generalisierte briefliche Stimmabgabe eingeführt wurde und indem im Fahrwasser vom Bund und den von ihm bezeichneten Pilotkantonen andere Möglichkeiten der Teilnahme für die Stimmbürger (elektronische Stimmabgabe, das Herunterladen von Formularen für Volksinitiativen und Referendumsbegehren) geprüft wird, ja sogar die Einführung neuer Auszähl- und Resultatübermittlungsmethoden. Gleichzeitig wurden die Wahlsysteme auf Gemeindeebene an die generalisierte briefliche Stimmabgabe angepasst.

Bezirksordnung

Die Zweckmässigkeit, eine Revision der Bezirksordnung durchzuführen, wurde vom Parlament anfangs der Verwaltungsperiode angenommen. In der Folge wurde ein Entwurf eines Verfassungstextes ausgearbeitet und im Jahre 2003 in die Vernehmlassung gegeben. Insgesamt wurden die vorgeschlagenen Änderungen gut aufgenommen, was dem Departement erlaubte, die Textvorschläge samt Erläuterungen dem Staatsrat zur Genehmigung vorzulegen, allerdings angesichts der Überlastung der Dienststelle infolge der vorgenannten neuen Gesetzgebung und der Organisation der kommunalen Wahlen 2004 und der kantonalen Wahlen 2005 erst Ende 2004. Im Grossen und Ganzen betrifft die Revision die Anerkennung von 3 verfassungsmässigen Regionen, die unter anderem die gegenwärtigen 8 sozioökonomischen Regionen (IHG) ersetzen, die Beibehaltung der Bezirke als Wahlkreise, die Schaffung der Konferenz der Gemeindepräsidenten des Bezirks (anstelle des gegenwärtigen Bezirksrats) sowie die Aufrechterhaltung und Aufwertung der Funktion des Präfekten, wobei die Funktion des Vizepräfekten aufgehoben wird. Es ist vorgesehen, dass diese Revision dem Parlament in der Maisession 2005 vorgelegt wird.

Enteignungsgesetz

Ende 2003 wurde ein Gesetzesentwurf, welcher von einer ausserparlamentarischen Kommission ausgearbeitet wurde, zur Vernehmlassung gegeben. Dieses Vernehmlassungsverfahren wurde Ende 2004 abgeschlossen.

Gemeindefusionen

Im Verlauf des Jahres 2004 nahm die Dienststelle aktiv an den Arbeiten teil, die zu einem Zusammenschluss der Gemeinden Münster und Geschinen, Reckingen und Gluringen, sowie Steinhaus, Mühlebach, Ernen und Ausserbinn führten (letztere wurde von der Gemeinde Ausserbinn beim Bundesgericht angefochten). Die Zahl der Walliser Gemeinden verminderte sich in kurzer Zeit von 163 auf 153. Diese Verminderung könnte sich mit der Inkraftsetzung der neuen Verordnung über die Gemeindefusionen zu Beginn des Jahres 2005 noch verstärken.

Weitere Gesetzgebungsarbeiten

Im Verlauf des Jahres 2004 arbeitete die Dienststelle für Innere Angelegenheiten an der Ausarbeitung von verschiedenen Gesetzesvorlagen mit, sei es indem sie ein Mitglied in eine ausserparlamentarische Kommission oder in eine vom Staatsrat eingesetzte Arbeitsgruppe delegierte oder indem sie ihre Stellungnahme auf Anfrage des Staatsrats oder des Departements abgab.

Verwaltungsarbeiten

Wahlen

Am 5. 12. und 19. Dezember 2004 fanden die Gemeindewahlen statt.

Wie gewohnt, wurde dabei die Dienststelle für Innere Angelegenheiten enorm in Anspruch genommen. Trotz den Publikationen im Amtsblatt und auf dem Internet und trotz der zahlreichen Weisungen sowohl an die Gemeinden als auch an die politischen Parteien, gaben diese Gemeindewahlen Anlass zu zahlreichen Auskunftsbegehren sowohl seitens der Gemeindebehörden als auch seitens der politischen Gruppierungen wie von Privaten.

Diese Wahlen wickelten sich ohne grössere Schwierigkeiten ab, obwohl zu erwähnen ist, dass gegen diese Wahlen zwei Beschwerden hinterlegt wurden, so in Siders und in Saxon. Der Termin für die Hinterlegung der Beschwerden, jener der Stellungnahmen der Gemeindebehörden wie auch die vorgebrachten Argumente haben es dem Staatsrat ermöglicht, vor Ende des Jahres einen Entscheid zur Beschwerde von Siders zu fällen, nicht aber zur Beschwerde von Saxon, wo die bisherigen Behörden aufgrund eines vorsorglichen Massnahmenentscheids solange im Amt bleiben müssen, bis ein endgültiger Entscheid vorliegt.

Abstimmungen

Am 26. September 2004 hat die Walliser Bevölkerung die Teilrevision der Kantonsverfassung bezüglich der Gemeindeordnung (Änderung der Artikel 75, 78 und 79 KV) mit 50'074 Ja zu 24'616 Nein bei einer Stimmbeteiligung von 45.56% angenommen.

Auf Bundesebene hat sich die Walliser Bevölkerung zu dreizehn Vorlagen, verteilt auf vier Urnengänge, ausgesprochen. Die durchschnittliche Stimmbeteiligung an diesen vier Urnengängen lag knapp unter 39%.

Instruktion der Beschwerden

Im Verlauf des Jahres 2004 wurden an die Dienststelle für Innere Angelegenheiten 272 Verwaltungs- und Aufsichtsbeschwerden zur Prüfung und Instruktion überwiesen. Im gleichen Zeitraum hat der Staatsrat auf Vormeinung der Dienststelle 276 Entscheide gefällt.

Genehmigung von Reglementen, Statuten, Darlehen, Verkäufen, Tauschverträgen usw.

Im Verlauf des Jahres 2004 homologierte der Staatsrat auf Antrag der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 136 Gemeindeglemente, wovon 48 Bau- und Zonenreglemente sowie Quartierpläne.

Ferner bewilligte der Staatsrat nach Begutachtung durch die Dienststelle für Innere Angelegenheiten:

- 50 Kaufverträge, Baurechtsverträge, usw.
- 26 Kreditaufnahmen über einen Betrag von Fr. 118'389'337.80
- 10 Bürgschaften für einen Betrag von Fr. 10'380'000.00.

Betreffend Kreditaufnahmen zeigt die nachfolgende Statistik die bewilligten Beträge seit 1991:

Jahr	Anzahl Kreditaufnahmen	Bewilligter Betrag
1991	54	Fr. 75'917'000.--
1992	72	Fr. 114'783'900.--
1993	55	Fr. 89'631'000.--
1994	46	Fr. 122'351'530.--
1995	43	Fr. 72'116'800.--
1996	29	Fr. 45'287'000.--
1997	29	Fr. 58'773'000.--
1998	32	Fr. 61'716'479.--
1999	82	Fr. 138'605'589.--
2000	70	Fr. 281'767'293.--
2001	77	Fr. 406'282'209.--
2002	35	Fr. 91'264'624.--
2003	31	Fr. 32'040'027.--
2004	50	Fr. 118'389'337.80

Erwerb von Grundstücken durch Personen im Ausland

In seiner Eigenschaft als Rekursbehörde hat der Chef der Dienststelle für Innere Angelegenheiten 920 erstinstanzliche Entscheide geprüft (gegenüber 800 im Jahre 2001, 917 im Jahre 2002, 926 im Jahre 2003).

Gegen diese Entscheide wurden keine Beschwerden eingereicht.

DIENSTSTELLE FÜR RAUMPLANUNG

Allgemeine Bemerkungen

Zwei wesentliche Aufgaben der Raumplanung bestehen darin, die raumwirksamen Tätigkeiten aufeinander abzustimmen und den zuständigen Behörden die erforderlichen Angaben zu liefern, damit sie eine umfassende Interessenabwägung vornehmen können.

Mit den zur Verfügung stehenden Mitteln, namentlich dem kantonalen Richtplan und den kommunalen Nutzungsplänen, versucht die Dienststelle für Raumplanung (DRP), die räumliche Entwicklung auf die sozialen und wirtschaftlichen Tätigkeiten auszurichten und dabei das natürliche und überbaute Umfeld zu schonen.

Im Jahre 2004 hat sich die DRP hauptsächlich in folgenden Sachbereichen engagiert:

- Weiterführung der mit dem Richtplan verbundenen Studien
- Ausführung der im Richtplan festgelegten Aufgaben
- Anhörung der interessierten kantonalen, regionalen und kommunalen Stellen bei Sachplänen des Bundes (insbesondere beim Sachplan Verkehr) im Bestreben eine geeignete Mitwirkung der Bevölkerung sicherzustellen
- Anpassung der kommunalen Zonennutzungspläne
- Erarbeitung von Sondernutzungsplänen
- Koordination zwischen den Gemeinden und den betroffenen Instanzen für die Erstellung und Bewirtschaftung der Fuss- und Wanderwegnetze gemäss dem kantonalen Ausführungsgesetz vom 27. Januar 1988
- Behandlung von Subventionsgesuchen für die Anpassung der Zonennutzungspläne
- Begleitung der Erarbeitung des Sachplans 3. Rottenkorrektur, namentlich bei der Definition der generellen Ziele der Raumplanung
- Mitwirkung bei der Ausarbeitung des Konzeptes der nachhaltigen Entwicklung des Espace Mont-Blanc, welches darauf abzielt, in enger Zusammenarbeit mit der Bevölkerung der betroffenen Gemeinden, eine Entscheidungshilfe bereitzustellen, die ermöglicht, die Lokalpolitik auf die Grundsätze der nachhaltigen Entwicklung auszurichten.

Parallel dazu hat die Dienststelle die Gemeinden, die Bezirke und Regionen und die beauftragten Ortsplaner im Rahmen des kantonalen Richtplanes und bei der Anpassung der Nutzungspläne beraten, unterstützt und mit ihnen zusammengearbeitet.

Zudem hat die Dienststelle in Arbeitsgruppen und an Studien von nationaler (KPK, CORAT, CEAT, NEAT/AlpTransit) und internationaler Bedeutung mitgearbeitet (Espace Mont-Blanc / Conseil du Léman / Conseil Valais – Vallée d'Aoste du Grand-St-Bernard).

Kantonaler Richtplan

Bewirtschaftung des Richtplanes

Das Koordinationsblatt G.7/2 «Gewässerschutzzonen» ist, nachdem es vom Staatsrat im Jahre 2003 beschlossen wurde, dem Bund zur Genehmigung unterbreitet worden.

Die folgenden Koordinationsblätter, beschlossen durch den Staatsrat im Jahre 2003, sind vom Bund genehmigt worden:

- B.3/4 «Einkaufszentren»
- F.8/2 «Restwassermengen»
- G.6/2 «Trinkwasserversorgung»
- H.4/2 «Luftqualität».

Das Koordinationsblatt I.1/2 «Schutz vor Naturgefahren» ist mit Beschluss des Staatsrates vom 17.11.2004 der Inhaltskategorie «Festsetzung» zugeordnet worden.

Bis Ende 2004 sind von den 154 Koordinationsblättern des kantonalen Richtplanes 30 der Inhaltskategorie Vororientierung, 42 Zwischenergebnis, 68 Festsetzung und 14 Ausgangslage zugeordnet worden.

Grundlagen für den kantonalen Richtplan

Studie zum Bau von Windkraftanlagen im Wallis

Der Kanton Wallis unterstützt den Ersatzanspruch der einheimischen und erneuerbaren Energien und fördert die Forschung und die Entwicklung im Zusammenhang mit der Diversifizierung der Energieträger. Um das Potential der Windenergie im Wallis besser ermitteln zu können, ist eine spezielle Studie in Bearbeitung. Diese wird dem Kanton ermöglichen, klare Kriterien zu definieren, die räumlichen Auswirkungen zu untersuchen und in Zukunft eine unkoordinierte Planung und Erstellung von Windkraftprojekten zu verhindern.

Monitoring Lötschberg

Das Bundesamt für Raumentwicklung hat eine Studie über die «Räumlichen Auswirkungen der Verkehrsinfrastrukturen» in Auftrag gegeben. Die Dienststelle für Raumplanung, als Mitglied der Begleitgruppe, ist eingeladen worden, sich daran im Rahmen der Fallstudie «Lötschberg», aktiv zu beteiligen. Der Auftrag bestand darin, eine erste Synthese der zu erwartenden räumlichen Auswirkungen mit Belastungen durch den Lötschbergtunnel zu erstellen, die methodischen und organisatorischen Fragen für ein Monitoring darzulegen und in der Folge ein System wichtiger Indikatoren zu definieren.

Informationsbroschüre ländlicher Raum

Im Anschluss an die Grundlagenstudie zum ländlichen Raum, die ermöglichte drei Richtungsschwerpunkte festzulegen, nämlich die Multifunktionalität des ländlichen Raumes stärken, die ergänzenden Strukturen Land / Stadt fördern und dazu beitragen, die Diversität der Landschaft besser zu nutzen, ist eine Informationsbroschüre verfasst worden. Diese zeigt das Vorgehen, die Definition, die Tendenzen und Konflikte des ländlichen Raumes im Kanton Wallis auf.

Ortsplanung

Gesamtrevision der Zonennutzungspläne

Alle Gemeinden des Kantons sind verpflichtet, sofern erforderlich, ihre Zonennutzungspläne den Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 anzupassen.

Die Nutzungspläne ordnen die zulässige Nutzung des Bodens und unterscheiden vorab Bau-, Landwirtschafts- und Schutzzonen (Art. 14, 15, 16, 17 RPG). Ein Teil der rechtsgültigen Zonenpläne entspricht nicht den Bestimmungen des Bundesgesetzes, weil nur die Bauzonen ausgeschieden wurden. Am 31. Dezember 2004 zeigte sich folgende Situation:

- 102 Gemeinden besitzen einen RPG-konformen, homologierten Zonennutzungsplan
- 15 Gemeinden verfügen über einen positiven Vorprüfungsentscheid des Staatsrates
- 26 Gemeinden warten auf den Vorprüfungsentscheid; der Synthesebericht ist der Dienststelle für innere Angelegenheiten zugestellt worden
- 3 Gemeinden haben ihr Dossier zur Vorprüfung abgegeben
- 1 Gemeinde hat ihren Entwurf während 30 Tagen öffentlich aufgelegt
- 6 Gemeinden haben die Überarbeitung ihres Zonennutzungsplanes eingeleitet.

Die 6 nachstehend aufgeführten Gemeinden haben das Verfahren zur Anpassung ihrer Zonennutzungspläne an die Anforderungen des Bundesgesetzes über die Raumplanung (RPG) vom 22. Juni 1979 noch nicht in die Wege geleitet: Bovernier, Bourg-St-Pierre, Vissoie, Niederwald, Bister und Martisberg.

Im Sinne von Art. 10 des kantonalen Raumplanungsgesetzes (RPG) und gemäss den Bestimmungen des Reglementes vom 20. Juni 1990 betreffend die Fördermassnahmen in Sachen Raumplanung hat der Kanton Wallis im Jahre 2004 den Gemeinden, die

ein vorschriftsmässiges Subventionsgesuch eingereicht haben, entsprechend den ausgeführten Arbeiten einen Gesamtbetrag an Subventionen von Fr. 430'000.00 gewährt.

Teilrevisionen der Zonennutzungspläne sowie der Bau- und Zonenreglemente

Im Rahmen der Weiterführung der Raumplanungsaufgaben haben die Gemeinden in Zusammenarbeit mit der Dienststelle für Raumplanung (DRP) im Jahre 2004 54 RPG-konforme Teilrevisionen der Zonennutzungspläne und/oder der Bau- und Zonenreglemente vorgenommen.

DIENSTSTELLE FÜR INDUSTRIE, HANDEL UND ARBEIT

Handel und Patente

Handel

Die Sektion Handel und Patente war mit der Ausarbeitung des Vorentwurfs für das Gesetz über die Handelspolizei sowie der diesbezüglichen Kommentare beauftragt. Diese Dokumente wurden den betroffenen Kreisen zur Vernehmlassung weitergeleitet. 2004 wurden folgende Patente und Bewilligungen erteilt:

Jahr	Automatische Apparate	Spialsalons	Wandernde Tätigkeiten	Tombola
2003	2'856	11	318	184
2004	2'878	8	202	193

Die Kontrolltätigkeit der Handelspolizei wurde verstärkt sowie 353 Kontrollen im Zusammenhang mit der Deklarationsverordnung in Bäckereien, Weinhandlungen sowie diversen anderen Betrieben durchgeführt.

Die kantonale Stelle des Schweizerischen Fonds für Hilfe bei nicht versicherbaren Elementarschäden hat in insgesamt 84 Schadenfällen zusätzlich zur Schweizerischen Fondshilfe einen entsprechenden kantonalen Beitrag in der Gesamthöhe von Fr. 33'097.50 geleistet. Der Schweizerische Fonds seinerseits hat für dieselben Schadenfälle einen Gesamtbetrag von Fr. 169'369.- an die Geschädigten ausbezahlt.

Patente

Einer der Schwerpunkte bildete die Zusammenarbeit mit der zweiten parlamentarischen Kommission des Grossen Rates im Rahmen der Revision des Gesetzes über die Beherbergung, die Bewirtung und den Kleinhandel mit alkoholischen Getränken (GGB) zur Vorbereitung der Aprilsession.

Nach der Annahme der Revision des GGB durch den Grossrat am 8. April 2004 trug die Sektion vor allem zur Ausarbeitung aller Anwendungsbestimmungen sowie der Organisation der neuen Ausbildung über die Grundkenntnisse im Bereich Beherbergung und Bewirtung bei.

In enger Zusammenarbeit mit der HEVs wurde ein Pilotkurs mit 43 Teilnehmern organisiert.

Im Laufe des Jahres wurden vier Informationssitzungen für die Verantwortlichen der Gemeindeverwaltungen durchgeführt.

Parallel dazu wurden 2004 folgende Kurse organisiert:

- zwei Kurse (Unterrichtsblock «Gastro-Management» und Unterrichtsblock «Allgemeine Kenntnisse und Betriebswirtschaft») in Französisch sowie ein Kurs in Deutsch mit insgesamt 60 Diplomierten

Sondernutzungspläne

Bei Bedarf konnten die Gemeinden die Erarbeitung von Sondernutzungsplänen verlangen und der DRP zur Prüfung oder Stellungnahme unterbreiten. Dies erfolgte für:

- 15 Detailnutzungspläne (DNP)
- 7 Quartierpläne (QP).

Im Verlaufe des Jahres 2004 wurden 2 Gesamtrevisionen und 31 Teilrevisionen der Zonennutzungspläne durch den Staatsrat homologiert.

- drei Kurse (Kantonale Gesetzgebung) mit 36 Teilnehmerinnen und Teilnehmern
- ein zweisprachiger Unterrichtsblock «Allgemeine Kenntnisse und Betriebswirtschaft» in Französisch und Deutsch mit 27 Teilnehmerinnen und Teilnehmern.

Die Zahl der Bewilligungen und Patente präsentiert sich wie folgt:

Bewilligungen / Patente Gastgewerbe	Bewilligungen für den Verkauf von alkoholischen Getränken zum Mitnehmen
3'729	659

Mit Beiträgen aus dem kantonalen Gastgewerbefonds wurden die Hochschule Wallis (HEVs/Kursorganisatorin zur Erlangung der kantonalen Fachausweise) sowie das kantonale Ausbildungsprogramm der Hotelpflichtassistentinnen unterstützt.

Schlichtungsbehörde für Mietverhältnisse

Die Kantonale Schlichtungsbehörde war im Verlaufe des Jahres 2004 in erneuter Weise mit einer hohen Anzahl unterbreiteter und behandelter Dossiers konfrontiert. Die Dossiers werden juristisch immer komplexer. Mit provisorischen, organisatorischen Massnahmen konnte die Sektion die gute Funktionsweise dieser Behörde sicherstellen. Die steigende Anzahl Dossiers forderte eine vorübergehende Umstrukturierung der Funktionsweise des Sekretariats der Schlichtungsbehörde.

2004 behandelte die Schlichtungskommission 667 Dossiers, wovon 565 wie folgt abgeschlossen werden konnten:

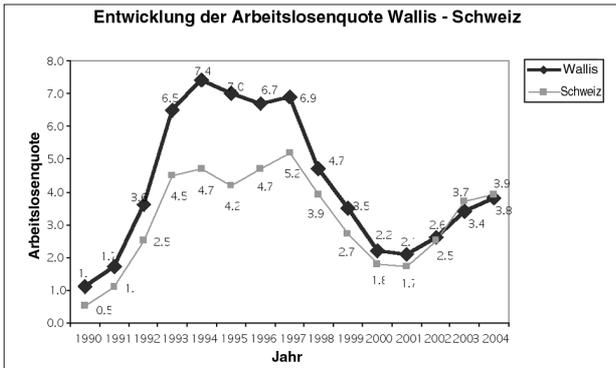
- in 362 Fällen (64%) konnte eine Einigung erzielt werden
- in 69 Fällen (12,2%) musste eine Nichteinigung festgestellt werden
- in 71 Fällen (12,6%) fällte die Schlichtungsbehörde Entscheide und
- 63 Fälle (11,2%) konnten anderweitig erledigt werden.

Arbeitsmarkt

Entwicklung der Arbeitslosigkeit im Jahr 2004

Das für 2004 auf schweizerischer Ebene erwartete Wirtschaftswachstum von 1,8% hat sich anscheinend noch nicht auf die Beschäftigung ausgewirkt. Im Jahresmittel 2004 zählt das Wallis nämlich 504 Arbeitslose mehr als im Vorjahr und die Arbeitslosenquote stieg um 0,4 Prozentpunkt. Durchschnittlich waren 5'226 Arbeitslose bei einer Arbeitslosenquote von 3,8% gemeldet. Die durchschnittliche Arbeitslosenquote des Wallis liegt unter jener der Schweiz (3,9%). Die Differenz zum schweizerischen Mittel verminderte sich um 0,3 Prozentpunkt (3,4% gegenüber 3,7%) auf 0,1 Prozentpunkt. Dennoch kann festgestellt werden,

dass die durchschnittliche Zunahme der Arbeitslosigkeit 2004 mit +504 Arbeitslosen schwächer ausfiel als im Vorjahr (+1'163). Im regionalen Vergleich blieb die Arbeitslosenquote im Oberwallis bei 2,5% stabil, während sie sowohl im Mittel- wie Unterwallis um 0,5 Prozentpunkt auf 4,3% anstieg.



Arbeitslosenversicherung

Kurzarbeitsentschädigung (KAE)

Jahr	2001	2002	2003	2004	Abweichung in %
verlorene Stunden	50'361	94'624	164'927	168'420	+2%

Gesuche zur Überprüfung der Vermittlungsfähigkeit / Erlassgesuche

Jahr	2000	2001	2002	2003	2004
Vermittlungsfähigkeit	340	282	291	274	350
Erlasse	108	69	73	101	64

Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV) übermittelten 213 Gesuche zur Überprüfung der Vermittlungsfähigkeit und die Arbeitslosenstellen 137. In 77% der Fälle wurde eine Vermittlungsunfähigkeit festgestellt.

Einsprachen

Behandelte Einsprachen	2003	2004
gegen einen RAV-Entscheid	166	205
gegen einen DIHA-Entscheid	85	82
Total	251	287

Die Einsprachen wurden durchschnittlich innerhalb eines Monats behandelt.

Öffentliche Vermittlung und Beratung: Die Regionalen Arbeitsvermittlungszentren (RAV)

Im dritten aufeinander folgenden Jahr stieg die Arbeitslosigkeit 2004 kontinuierlich an. Die RAV beschäftigten sich durchschnittlich mit 8722 Stellensuchenden pro Monat. Dies waren je nach Monat zwischen 7140 und 10'634 Personen. Im Vergleich zum Vorjahr wurden in den RAV durchschnittlich 732 Stellensuchende mehr pro Monat betreut und beraten.

Im 2. Semester konnte je nach sozio-ökonomischer Region ein leichtes Nachlassen der Verschlechterung festgestellt werden. In den Regionen Siders und Martinach fielen die Verbesserungen jedoch weniger deutlich aus.

Aufgrund des Arbeitsvolumens mussten erneut in allen Regionen die Sekretariate der RAV verstärkt und die Anzahl Personalberater

erhöht werden. Der Personalbestand stieg demzufolge in einem Jahr von 98,9 auf 107,9 Arbeitsstellen.

	Stellensuchende VS		
	Monatliches Minimum	Monatliches Maximum	Jahresschnitt
2003	6'706	10'029	7'990
2004	7'140	10'634	8'722
Diff 2003-2004	+ 434	+ 608	+ 732

Entwicklung der Situation

2004 charakterisiert sich vor allem durch:

- neue, häufiger besser qualifizierte Arbeitslose
- einen Anstieg der Dauer der Arbeitslosigkeit im Dienstleistungssektor
- einen grossen Anteil Jugendarbeitsloser unter 25 Jahren
- eine Stabilisierung der saisonalen Arbeitslosigkeit im Oberwallis
- eine steigende Zahl komplexer Situationen
- zahlreiche Fälle wiederholter Arbeitslosigkeit seit 10 Jahren.

Es sei darauf hingewiesen, dass die ordentlichen Statistiken die Schwankungen der Zahl der Stellensuchenden nicht erfassen. In einem Jahr verzeichneten die RAV die Anmeldung von mehr als 19'000 Stellensuchenden, während monatlich im Durchschnitt 8722 Personen ein RAV aufsuchten.

Trotz der Lage auf dem Arbeitsmarkt verfügen die RAV noch über ein von den Stellensuchenden geschätztes Vermittlungspotential. Diese Tätigkeit sieht sich jedoch immer mehr durch die Anwendung von Ausbildungs- oder Qualifikationsmassnahmen in den Rahmen nötiger Umschulungen gedrängt.

In den RAV wurden zudem verschiedene Projekte zur Verbesserung der saisonalen Schwankungen gestartet. Es bleibt zu hoffen, dass sie sich durch eine bessere Benutzung der Möglichkeiten der Erwerbskombination oder der Jahresarbeitszeit konkretisieren.

Schliesslich hat sich die interinstitutionelle Zusammenarbeit mit den Berufsinformationszentren (BIZ), den sozial-medizinischen Zentren (SMZ), der Walliser Liga gegen die Suchtgefahren (LVT) sowie der Invalidenversicherung (IV) weiter intensiviert. Die Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt einer steigenden Anzahl Personen in schwierigen und komplexen Situationen bleibt eine Priorität, welche auch die Arbeitgeber zu ihrer sozialen Verantwortung ermahnt. Geschieht dies nicht, so riskiert der soziale Preis des Ausschlusses kostspielig zu werden.

Private Arbeitsvermittlung und Personalverleih

2004 kontrollierte unsere Sektion 16 Personalverleihunternehmen. Diese Kontrollen werden 2005 fortgesetzt.

Logistik arbeitsmarktlicher Massnahmen (LAM)

Arbeitsmarktbeobachtung Wallis (ABW)

Die Arbeitsmarktbeobachtung befasste sich mit folgenden Themen:

- saisonale Arbeitslosigkeit
- Lohn- und Arbeitsbedingungen sowie Koordination der Arbeit der tripartiten Kommission im Rahmen des freien Personenverkehrs
- Abschluss der Studie über die Abwanderung der Kompetenzen
- Jugendarbeitslosigkeit
- monatliches Statistikbulletin über den Arbeitsmarkt
- ORTE (observatoire romand et tessinois de l'emploi): Studie über «Arbeitslosigkeit und Nationalität».

Arbeitsmarktliche Massnahmen (AM) im Allgemeinen

Massnahme	2002 realisierte Jahresplätze*	2003 realisierte Jahresplätze	2004 realisierte Jahresplätze	Differenz 2003-2004
Beschäftigungsprogramme	334	352	404	+14%
Kurse	322	381	390	+2%
Einarbeitungszuschüsse	64	88	88	+0%
Betriebspraktika	25	26	37	+42%
Förderung der selbständigen Erwerbstätigkeit	18	26	27	+4%
Ausbildungszuschüsse	9	13	13	+0%

*bis Ende 2004 entspricht ein Jahresplatz 220 Tagen Teilnahme an einem Programm

Die Entwicklung der Massnahmen folgt der Zunahme der Arbeitslosigkeit. Der Zuwachs in den Beschäftigungsprogrammen ist ausgeprägter als jener bei den Bildungsmassnahmen.

Die Kompetenzen für die Massnahmen sind seit dem 1. Juli 2003 bei den Kantonen. Die Abläufe und internen Kontrollen vor allem im Bereich der Finanzen wurde daher verstärkt. Eine Kontrolle des seco bestätigte die angepasste Organisation der LAM des Kantons Wallis.

Ergänzende kantonale Massnahmen

Nach dem starken Anstieg zwischen Juni 2003 und Dezember 2003 blieben die kantonalen Eingliederungsverträge (BEV) im Jahre 2004 auf hohem Niveau. In der zweiten Jahreshälfte konnte eine Abnahme bei der Anzahl Teilnehmer festgestellt werden.

Ergänzende kantonale Massnahmen	Verfügungen			
	2001	2002	2003	2004
Kantonale berufliche Eingliederungsverträge (BEV)	309	327	511	707
Kantonale Einarbeitungszuschüsse (EAZ)	19	28	19	26
Kantonale Pendlerkosten- und Wochenaufenthaltsbeiträge (PeWo)	4	1	6	11
Bildungsmassnahmen	44	19	23	14

Ausländische Arbeitskräfte

Freier Personenverkehr und flankierende Massnahmen

Am 1. Juni 2004 trat die zweite Phase des freien Personenverkehrs in Kraft. Für die Gemeinden und Berufsverbände wurden hierzu zahlreiche Informationstagungen organisiert.

Seit diesem Datum führt unsere Dienststelle vor der Ausstellung einer Arbeitsbewilligung L EU/EFTA keine Lohn- und Arbeitskontrollen mehr durch. Jedes Gesuch für eine Arbeitsbewilligung B wird jedoch weiterhin gemeldet, um das äusserst limitierte Kontingent dieser Bewilligungen besser verwalten zu können. Andererseits ist für eine Tätigkeit von weniger als drei Monaten keine Arbeitsbewilligung mehr nötig. Eine Meldung bei der DIHA ist jedoch erforderlich.

Anzahl gemeldeter Arbeitnehmer / selbständiger Dienstleistungserbringer* (Juni bis Dezember 2004)	
Von einem Schweizer Arbeitgeber angestellte Arbeitnehmer	2'595
Entsandte Arbeitnehmer	715
Selbständige Dienstleistungserbringer	78

* Diese Statistik erhebt keinen offiziellen Charakter, da der Bund zur Zeit keine zuverlässigen Daten liefern kann.

Arbeitsbewilligungen EU/EFTA (1.10 - 31.10)	2002	2003	2004
Kurzaufenthalt L (< 4 Monate)	7'862	7'415	--
Kurzaufenthalt L (4 bis 12 Monate)	9'583	9'831	9'567
Bewilligung B	449	288	193

Am 1. Juni 2004 traten auch die flankierenden Massnahmen zum freien Personenverkehr in Kraft. Die DIHA nahm aktiv an den Arbeiten der kantonalen tripartiten Kommission teil, deren Sekretariat sie führte. Eine intensive Zusammenarbeit fand ebenfalls im Bereich der Einsetzung nötiger Strukturen und Kontrollabläufe für die Umsetzung der flankierenden Massnahmen statt.

Arbeitsbewilligungen für Angehörige von Drittstaaten

Die Dienststelle führte ihre selektive und restriktive Bewilligungspolitik für ausländische Arbeitskräfte aus Drittstaaten fort, d.h. für Personen, die nicht aus einem EU- oder EFTA-Mitgliedstaat stammen.

Arbeitsbewilligungen für Angehörige von Drittstaaten 1.11.03- 31.10.04	
Kurzaufenthalt von weniger als 4 Monaten	344
Kontingentierter Kurzaufenthalt	20
Jahresbewilligung	118
Bewilligungen für Asylsuchende / provisorisch Zugelassene	671
Bewilligungen für Cabaretttänzer(innen)	1301

Es sei vermerkt, dass in Folge eines Staatsratsentscheids ab dem 1. Januar 2005 keine Arbeitsbewilligungen für Cabaretttänzer(innen) aus Drittstaaten mehr ausgestellt werden.

DIENSTSTELLE FÜR WIRTSCHAFT UND TOURISMUS

Die im Jahre 2004 vorgenommene Reorganisation hat es erlaubt, die Dienststelle für Tourismus und Regionalentwicklung und die Direktion der Wirtschaftsentwicklung in der Dienststelle für Wirtschaft und Tourismus (DWT) zusammenzufassen.

Tourismus

Situation des Walliser Tourismus

Der Bund hat Ende 2003 beschlossen, die Übernachtungsstatistik in der Schweiz nicht mehr zu erstellen. Unter dem Druck der Kantone und der touristischen Kreise und mittels finanzieller Beteiligung hat sich Bern bereit erklärt, diese Statistik ab 2005 wieder zu führen. Das Jahr 2004 wurde durch Wallis Tourismus sichergestellt.

Die Übernachtungszahlen der Walliser Hotellerie waren 2004 gegenüber dem Vorjahr stabil (- 0,2% im Vergleich zu 2003). Das Wallis hat sich schlussendlich resistenter gezeigt, als man aufgrund der Schliessung einer Röhre des Tunnels in Glion und der unerwarteten Schliessung des Mitholz-Tunnels erwarten musste. Hauptopfer der Arbeiten in Glion war das Chablais, nicht nur in Bezug auf die Übernachtungszahlen, sondern auch aufgrund des Verlustes von Tagestouristen.

Tourismuspolitik

Der Staat hat damit begonnen, die 83 Massnahmen, die ihn betreffen, in die Aktionsprogramme der 22 direkt betroffenen Dienststellen bezüglich Prioritäten, Realisierungstermine und Evaluationskriterien zu integrieren. Wallis Tourismus, die Gemeinden und alle übrigen bei der Umsetzung dieser Politik involvierten Partner sind angehalten, dasselbe zu tun. Das Zentrum für Verwaltungsmanagement begleitet sämtliche diesbezüglichen Schritte. Vor dem Hintergrund der Umsetzung der neuen Tourismuspolitik hat eine ausserparlamentarische Kommission ihre Arbeit zur Revision des Gesetzes über den Tourismus im Herbst 2004 aufgenommen.

Bergführer, Wanderleiter und Skilehrer

Damit in diesem Bereich eine Vereinheitlichung erreicht wird, wurden im Juni 2004 Abkommen zwischen der kantonalen Bergführer- und Skilehrerkommission und dem Schweizer Snowboard Schulungsverband SSBS unterschrieben. Die Ausbildung der Bergführer wurde ebenfalls dem Schweizer Bergführerverband, der Dachorganisation des Bundes, anvertraut. Ein entsprechendes Übereinkommen wurde im Juni dieses Jahres mit dem Verband abgeschlossen.

18 Wanderleiter, 11 Bergführer und 45 Ski- und Snowboardlehrer haben dieses Jahr das Walliser Patent erhalten. Aufgrund der von einer Arbeitsgruppe erarbeiteten Richtlinien, die sich mit der Problematik der illegalen Ausübung des Skilehrerberufes befassen, musste die kantonale Kommission mehrere Personen anzeigen, die sich nicht entsprechend den gesetzlichen Bestimmungen verhalten haben.

Informationsstelle Wallis

Die Arbeit der Informationsstelle konzentrierte sich auf die Präsenz des Kantons Wallis an der Grünen Woche in Berlin und auf die Weiterentwicklung der elektronischen Informationsplattform über das Wallis. Mit dem Ziel der Effizienzsteigerung hat die Informationsstelle ein Audit verlangt. Die Ergebnisse dieses Audits werden in die zukünftigen Aktivitäten integriert.

Sensibilisierungskampagne

Während des Jahres wurden zwei Pilotprojekte durchgeführt. Beide zielen auf die Schüler der Sekundarschulstufe ab. Das erste Projekt trägt zur Ausbildung von Lehrlingen im Bereich des Tourismus bei,

das zweite ist mit einem Seminar für Jugendliche über den Tourismus vergleichbar. Aufgrund der gemachten Erfahrungen werden die Projekte weiter ausgefeilt und anschliessend auf kantonaler Ebene gestartet.

Tourismustaxen

Der im Jahre 2002 begonnene zweite Zyklus der Kontrolle betreffend Erhebung, Kontrolle und Inkasso der Tourismustaxen durch das Kantonale Finanzinspektorat wurde 2004 fortgesetzt. Der Massnahmenkatalog für Fälle von Gesetzesverletzungen wurde umgesetzt und bei Fehlverhalten wurden die Fehlbaren bestraft.

Finanzhilfen

Finanzhilfen wurden für die Imageförderung des Wallis ausserhalb des Kantons, für Veranstaltungen in den Bereichen Kultur, Sport und Spiel gewährt, welche auch ein entsprechendes Medienecho versprochen und für den Tourismus von hoher Bedeutung waren. Zudem wurde die Ausbildung von Bergführern, Wanderleitern und Skilehrern unterstützt.

Wirtschaftsentwicklung

Nach dem Abgang von Herrn Léonard Favre hat Herr Martin Meyer seine Funktion im August aufgenommen.

Strategie der Wirtschaftsentwicklung

2003 wurde die Strategie der Wirtschaftsentwicklung geboren, 2004 ist man daran gegangen, diese mittels Präsentation bei den Berufsverbänden und Dachorganisationen und beim Kader von kantonalen Unternehmen sowie bei der HEV's zu verbreiten.

Konzertierung in Wirtschaftsfragen

Die Dienststelle hat die Unterstützung des Wirtschafts- und Sozialrates gewährleistet, dessen Aktivität insbesondere darin bestand, grundsätzliche Überlegungen über die längerfristige Strategie der Wirtschaftsentwicklung des Kantons zu machen, Überlegungen, die sich im 2005 konkretisieren werden.

The Ark

Die Konkretisierung dieses Instrumentes zur Diversifikation des wirtschaftlichen Netzes hat durch die Gründung der Stiftung The Ark begonnen, welche die Kohärenz der Entwicklung der Projekte überwacht und sicherstellt. Die Situation der drei Kompetenzzentren präsentiert sich Ende 2004 folgendermassen:

- In den Life Sciences (BioArk, Monthey / PhytoArk, Sitten) ist BioArk operationell tätig und beherbergt zwei Firmen mit grossem Potential, deren Qualität sich als Argument für die Akquisition neuer Mieter erweist. Der Grosse Rat hat einen Subventionsbetrag in der Höhe von 3'000'000.-- Millionen Franken für dessen Realisation bewilligt. PhytoArk ist auf gutem Wege, da nun das Baugesuch eingereicht und mit der Akquisition von Firmen begonnen wurde.
- Die Informatik- und Kommunikationstechnologien (TechnoArk, Siders / IdeArk, Martinach) sehen in ihrer Tätigkeit viel versprechende Perspektiven, besonders aufgrund des internationalen Bekanntheitsgrades und des zunehmenden Wachstums des IDIAP, dies trotz des Konkurses eines wichtigen Mieters in Siders (Icare Services).
- Für den Bereich «Natur und Dienstleistungen» haben sich die Verantwortlichen der Regionen und Gemeinden des Oberwallis zusammengesetzt. Die Initiative wurde Ihnen überlassen, damit dieser dritte Pol optimal auf die Kompetenzen des regionalen Wirtschaftsgefüges ausgerichtet werden kann. Überlegungen hierzu sind im Gange, über die Konkretisierung dieser dritten Achse von The Ark wird wahrscheinlich im Jahre 2005 entschieden.

Exogene Förderung

Die Tätigkeiten des DEWS (Development Economic Western Switzerland) entwickeln sich quantitativ und qualitativ und konkretisieren sich durch die Zusammenarbeit mit 25 Repräsentanten auf der

gesamten Welt. 2004 wurde die Strategie innerhalb des Netzes gefestigt, was eine Fokussierung der Kräfte auf die strategischen Branchen erlaubte. So wurden 2004 insgesamt 19 Firmen angesiedelt.

Ausser dieser Zusammenarbeit war das Jahr 2004 durch die Akquisition von Investoren und Unternehmern mittels verschiedenen bereits existierenden und neuen Kanälen geprägt. Ein Projekt wurde in diversen Luxushotels der Winterstationen durchgeführt, in welchen die Gäste den Zielpersonen, d.h. Direktoren und Geschäftsleute, entsprechen. Dieses wird 2005 weiter geführt. Auf der anderen Seite hat man Kontakte zu Walliser Immobilienhändlern, Treuhändern und Consultingbüros aus der Region Zürich geknüpft, um die Präsenz auf diesem Finanz- und Geschäftsplatz erster Güte zu verbessern. Die Bearbeitung des französischen Marktes wird ausserhalb des DEWS verfolgt.

Kooperationsnetze

Die Zugehörigkeit des Wallis zu Bioalps (Vereinigung im Bereich der Biotechnologie, ein Zusammenschluss aus den Kantonen Genf, Waadt, Neuenburg, Freiburg und Wallis) hat den Unternehmen aus diesem Sektor, wie der Excellgene SA oder Bioreserch SA des BioArk in Monthey, die Möglichkeit geboten, an verschiedenen Veranstaltungen in der Schweiz und im Ausland zu Vorzugskonditionen teilzunehmen. Sie profitieren dabei vom zunehmenden Bekanntheitsgrad von Bioalps, welche sich entschlossen als eine der weltweiten Leaderregionen im Bereich der Biotechnologie behauptet. Für 2004 können hier unter den wichtigsten Veranstaltungen BioExpo (Japan), BioSquare (CH), Bioshow (USA) und Medica (D) erwähnt werden.

Unterstützung des Walliser Wirtschaftsnetzes

Die Regionalantennen sind im endogenen Wirtschaftsnetz angesiedelt. Sie sind unter den Wirtschaftsakteuren länger je mehr bekannt und ihre Dienstleistungen werden vermehrt in Anspruch genommen. Während des Jahres haben sie mehr als 150 Firmen besucht, welches es ihnen erlaubt, sich ein klares Bild über deren Sorgen und Erwartungen zu machen. Spezielle Fälle (z.B. Biar S.A., Icare Services S.A., Teranol) bedürfen eines speziellen Engagements der Antennen. Interventionen im Koordinationsbereich waren sichergestellt, z.B. im Fall von Portes du Soleil. Die haben zur Deblockierung der Situation beigetragen, was zur Realisation von Arbeiten in der Höhe von 13 Millionen Franken in Champéry führte.

Innovationsentwicklung

In diesem Bereich wurden 7 Projekte unterstützt, welche durch Walliser Unternehmen und/oder Institutionen/Schulen initiiert wurden und zur Erhöhung der Innovationsfähigkeit, zur Organisation, zur Produktverbesserung oder zur Marktforschung beitragen.

Regionalentwicklung und Wohnungswesen

Projekt zum Bundesgesetz über die Neue Regionalpolitik

Der Bund hat Ende April 2004 das Projekt zum Gesetz über die Neue Regionalpolitik in die Vernehmlassung gegeben. Der Staatsrat des Kantons Wallis hat nach eingehender Analyse des Dossiers beschlossen, das vom Bund vorgelegte Projekt zurückzuweisen. Die formulierten Ziele, und vor allem die zur Erreichung dieser vorgeschlagenen Massnahmen, sind für den Staatsrat zu nahe an einer reinen Wirtschaftspolitik und zu weit weg von dem, was von einer Regionalpolitik erwartet wird.

In Erwartung eines neuen Vorschlages, welcher den spezifischen Problemen der ländlichen Regionen Rechnung trägt, verlangt der Staatsrat, dass die bestehenden Instrumente wie das Investitionshilfegesetz, der Bonny-Beschluss und Regio Plus mit gewissen Anpassungen, die den sozio-ökonomischen Veränderungen Rechnung tragen, weiter geführt werden.

Wegen grundlegender Divergenzen in den Antworten zur Vernehmlassung hat der Bundesrat entschieden, eine Arbeitsgruppe zu bilden, die sich aus Vertretern des

Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartements und der Konferenz der kantonalen Volkswirtschaftsdirektoren zusammensetzt, um das Projekt neu zu überdenken.

Unterstützung von regionalen Projekten

Wie in den vorangegangenen Jahren hat die DWT verschiedene Formen der Unterstützung an Forschungsinstitute gewährt. Der Austausch zwischen den Forschungsinstituten und den Unternehmen fördert den Wissenstransfer und die Verarbeitung der Resultate der Forschung in der industriellen Anwendung.

Die DWT unterstützt zudem Initiativen im Rahmen von zwischenbetrieblichen Aktivitäten und von Pilotprojekten, die durch das SECO unterstützt werden, wie z.B. das Projekt AutoID. Dieses innovative Projekt hat zum Ziel, ein internationales System zur elektronischen Etikettierung zu entwickeln, welches es erlaubt, diese während ihres Lebenszykluses zu verfolgen.

Seilbahnen

Der Staatsrat hat am 8. Juli 2004 die Strategie des Kantons Wallis im Bereich der Seilbahnen angenommen.

Folgende Grundsätze wurden beschlossen:

- die Aufgabe des Staates ist die Begleitung des Strukturereinigungsprozesses und nicht deren Planung,
- die Seilbahnbranche ist alleine dafür verantwortlich, die notwendigen Massnahmen zur Sicherung ihrer Zukunft zu ergreifen,
- kantonale Hilfen sind möglich für Fusions- / Zusammenarbeitsstudien, für Infrastrukturhilfen und in Ausnahmefällen für Sanierungen,
- die Gewährung von diesen Hilfen ist an strikte Bedingungen geknüpft.

Die Strategie des Walliser Staatsrats wurde vom SECO geprüft, worauf das Moratorium betreffend Unterstützung von Seilbahnen und Schneekanonen aufgehoben wurde. Somit kann der Kanton die IHG-Dossiers in diesem Bereich wieder behandeln.

Investitionshilfe

2004 hat sich das Engagement des Kantons um 8.4 Millionen Franken erhöht (2003: 11 Millionen Franken) und die Zahlungen betragen 7.9 Millionen Franken. Dieses kleinere Engagement hat seinen Grund einerseits darin, dass nur noch Gemeinden mit weniger als 1'000 Einwohnern in den Genuss von Investitionshilfedarlehen für Basisinfrastruktur kommen und zudem das Moratorium des Bundes für die Bergbahnen erst im Herbst 2004 aufgehoben wurde. Das Engagement 2005 dürfte höher ausfallen, zumal die Bergbahndossiers wieder behandelt werden können.

Nachfolgende Tabelle gibt einen Überblick über den Stand der Engagements und der Zahlungen der kantonalen IHG-Darlehen Ende 2004.

Region	Stand IHG-Darlehen am 31.12.2004 (in Mio. Franken)		
	Engagements	bezahlt	Saldo zu bezahlen
Goms	22.3	22.2	0.1
Brig-Aletsch	35.0	33.4	1.6
Visp / Westl. Raron	83.5	79.6	3.9
Leuk	25.5	25.5	0.0
Siders	47.3	46.3	1.0
Sitten	79.3	70.8	8.5
Martinach	77.3	74.1	3.2
Monthey	35.9	34.2	1.7
Oberwallis	166.3	160.7	5.6
Mittelwallis	126.6	117.1	9.5
Unterswallis	113.2	108.3	4.9
Wallis	406.1	386.1	20.0

Der Saldo des allgemeinen Infrastrukturfonds von 275 Millionen Franken betrug Ende 2004 unter Einbezug der sich in Bearbeitung befindenden Dossiers (12.7 Millionen) 30.4 Millionen Franken. Der zu bezahlende Saldo der bewilligten Darlehen betrug per Ende 2004 20 Millionen Franken gegenüber 24.4 Millionen ein Jahr zuvor.

Verbesserung der Wohnverhältnisse in Berggebieten

In der Dezembersession 2003 haben die eidgenössischen Räte für die Verbesserung der Wohnverhältnisse im Berggebiet für das Jahr 2004 einen Kredit von 9.9 Millionen Franken bewilligt. Das Bundesamt für Wohnungswesen hat dem Kanton Wallis, unter Berücksichtigung der Finanzstärke des Kantons 2004/05, davon 1.25 Millionen Franken zugeteilt, was einem Anteil von 12.5% des Gesamtbetrages entspricht.

2004 wurden Hilfen in der Höhe von rund 1.2 Millionen Franken gewährt, 0.4 Millionen davon durch den Kanton und 0.8 Millionen durch den Bund. Damit wurden Investitionen von rund 8 Millionen Franken ausgelöst. Gemäss den gültigen Bestimmungen beträgt der Kantonsanteil in der Regel die Hälfte der Beteiligung des Bundes.

Ausbezahlt wurden 2004 Unterstützungen in der Höhe von 1.35 Millionen Franken, davon 0.85 Millionen durch den Bund und 0.5 Million durch den Kanton. Gemäss Beschluss des Bundes werden diese Hilfen ab 2006 nicht mehr gewährt.

Wohnbau- und Eigentumsförderung

Der Staatsrat hat für 2004, auf der Grundlage des kantonalen Gesetzes zur Wohnbauförderung aus dem Jahre 1988, einen Kredit in der Höhe von 250'000.-- Franken bewilligt, was einer Subvention von 0.6% der Kosten während 10 Jahren entspricht.

Der zur Verfügung stehende Betrag war bereits Ende Oktober aufgebraucht. 100 Gesuche mit einer Investitionssumme von 40.5 Millionen Franken konnten unterstützt werden. 2004 wurden Kantonshilfen (à fonds perdu-Beiträge) von total 4.7 Millionen Franken ausbezahlt, davon 2.4 Millionen für Mietwohnungen und 2.3 Millionen für Eigentumswohnungen. Insgesamt wurden Hilfen für 2'828 Objekte ausbezahlt.

Der Bund hat an Walliser Begünstigte à fonds perdu-Beiträge in der Höhe von insgesamt 11.4 Millionen Franken ausbezahlt. Die Anspruchsberechtigten unseres Kantons erhielten vom Bund total Hilfen in der Höhe von 16.1 Millionen Franken. Zudem hat der Bund beschlossen, die Hilfen von 15 auf 19 Jahre zu verlängern, um zu vermeiden, dass Haushalte mit bescheidenem Einkommen ihre fälligen Rückzahlungen nicht bezahlen können.

Auf Grund der herrschenden Unsicherheit auf Bundesebene und der Notwendigkeit, die kantonalen Leistungen einer Prüfung zu unterziehen, hat der Kanton für 2005 und die folgenden Jahre noch keine Unterstützungen für die Weiterführung der Wohnbauförderung zugesagt.